HAMBURG / DEN 10. JUNI 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG / HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36 / ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 23

Das Programm der Regierung

Die neue Regierung hat sich in einer Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth vorgestellt, deren Wirkung leicht vorauszusehen war: die Freunde der Demokratie im In- und Ausland haben sie mit Wohlwollen und Vertrauen aufgenommen; die übrigen verhalten sich kühl, ironisch oder feindselig. Der Grundgedanke der Regierungserklärung ist einfach genug: entschiedene Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen, entschiedenes Brechen mit einer Politik des Hinhaltens und der Geste, entschiedener, wenn auch unausgesprochener Verzicht auf den Appell an die Völker der Welt zur Revision des Vertrags von Versailles, wenigstens im gegenwärtigen Zeitpunkt. „Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung" — man kann kaum Worte finden, die im Gebrauch der letzten Jahre mehr abgenutzt, entfärbt, entwertet worden wären. Dennoch scheint von ihnen eine unerwartete Wirkung, wenigstens für den Augenblick, noch immer auszugehen. Der Ton der Rede war zugleich optimistisch und bekümmert, sachlich und gefühlsam — eine Mischung, die den westeuropäischen Demagogen und Koalitionsführern am ehesten verständlich sein wird.

Wo die Rede des Reichskanzlers sich den konkreten Folgerungen aus den allgemeinen Grundsätzen der neuen Regierung zuwandte, zeigte sie wenig Gepräge, und auch dies kann nicht überraschen, da ja die parlamentarische Basis des Kabinetts so schmal ist, daß nicht nur dem Willen der drei Koalitionsparteien (Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialisten) ein Generalnenner zu finden ist, sondern auch die Unterstützung der Randparteien: entweder der Unabhängigen oder der Volkspartei, erstrebt werden muß. Nur ein ungewöhnliches Maß taktischer Gewandtheit kann sich unter so schweren Bedingungen behaupten. Daß die sachliche Lösung der ungeheuerlichen Aufgaben durch die stete Notwendigkeit emsigen Lavierens schwer gefährdet ist, braucht kaum erst gesagt zu werden. Die Wählerschaft hat eben ihren Willen nicht klar ausgesprochen und muß die Folgen tragen.

Vielleicht haben schon die finanziellen Darlegungen Dr. Wirths allzusehr unter dem Druck der politischen Lage und der taktischen Präokkupationen gestanden. Sie sind nicht durchsichtig im einzelnen und nicht wohlgeordnet im ganzen. Ein Bündel neuer Steuern wird angekündigt, eine Reihe wirtschaftspolitischer Maximen aufgestellt, eine Anzahl frommer Wünsche ausgesprochen. Wie aber das alles zusammengehen soll, bleibt der künftigen Gesamtentwicklung und Einzelarbeit vorbehalten. Dies kann sich als vortreffliches Verfahren erweisen, wenn das Kabinett weiß, was es will, und wenn es nur die vage Formel und Aufzählung gewählt hat, um nicht von vornherein mächtige Gegnerschaften auf den Plan zu rufen; ob das zutrifft, wird der Gang der Dinge sehr bald zeigen.

Heute sind zunächst zwei Punkte zu erörtern, in denen sich die Auffassung Dr. Wirths nicht mit der in diesen Spalten vertretenen zu decken scheint. Der erste betrifft die Sicherheiten, die dem Garantiekomitee nach Artikel 7 des Zahlungsplanes gestellt werden müssen. Es ist darüber in unserem vorigen Bericht („W.-D." Nr. 22) gehandelt werden. Die Reichsregierung scheint anzunehmen, daß von ihr gefordert werde, solche Sicherheiten in voller Höhe der jährlichen Verpflichtungen zu stellen. „Wir müssen, um die Devisen der Annuitäten zu decken, bestimmte Steuerquellen bezeichnen, die wir für Reparationszwecke zur Verfügung stellen können. Wir werden uns in kurzer Zeit über diesen Plan mit dem Reparationskomitee unterhalten müssen." Vielleicht stützt sich die Reichsregierung hier auf eine mündliche oder schriftliche Auskunft von maßgebender Seite: aus dem Zahlungsplan selber ist eine solche Verpflichtung nicht abzulesen. Es hätte sonst in ihm deutlich heißen müssen, Deutschland sei gebunden, bestimmte Einnahmequellen in ungefährem Betrag der jährlichen Zahlungen dem Garantiekomitee zu verpfänden. Statt dessen sind nur zwei Arten von solchen „Sicherheiten" aufgeführt, die aber nach Übereinkunft durch gleichwertige ersetzt werden können. Wenn des weiteren die Rede von anderen Fonds ist, die Deutschland über den Betrag der angeführten hinaus dem Komitee verschreibe, so ist der Sinn dieser Klausel nicht durchsichtig. Wahrscheinlich ist der Fall gemeint, in dem auswärtige Gläubiger, bevor sie sich zur Übernahme der Wiedergutmachungs-Obligationen entschließen, höhere Sicherheiten fordern, als sie das Garantiekomitee auf Grund der Verschreibung der Ein- und Ausfuhrabgaben und der 25 % Ausfuhrbelastung gewähren kann. Überhaupt ist immer zu bedenken, daß dieses Garantiekomitee nicht den Büttel der Entente, sondern den Anwalt der Obligationenbesitzer darzustellen berufen ist. Es scheint daher wenig geschickt, die künftigen Verhandlungen mit diesem Garantiekomitee so darzustellen, als ob mit ihm ein „Zahlungsplan" verabredet werden solle. Dieser Zahlungsplan ist gegeben; welche Steuern Deutschland auflegen will, um den Verpflichtungen aus diesem Plan genügen zu können, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit; mit dem Garantiekomitee ist lediglich darüber zu beraten, in welchem Maß und in welcher Art die Interessen der Obligationsgläubiger sicherzustellen sind. Wenn diese drei Gedanken nicht reinlich auseinandergehalten werden, geraten wir in Gefahr, unsere wirtschafts- und finanzpolitische Souveränität

aus bloßer Unschärfe des Denkens ohne Not weiter zu schmälern.

Ähnliche Schwierigkeiten, ja Gefahren bestehen im Punkt der Ausfuhrabgabe und des Ausfuhrindex; es ist davon schon in Nr. 21 gesprochen worden. Wenn Herr Dr. Wirth nun darlegt: „Der Ausfuhrindex ist unglücklich, brutal und roh, die Wirkung auf die Weltwirtschaft wird sich bald zeigen, es wird nach einem neuen Index gesucht werden müssen, ob er gefunden werden kann, ist noch nicht abzusehen. Die Arbeiten sind im Gange. Jedenfalls müssen wir dahin streben, auf irgendeine Weise eine Summe als Einnahme zu schaffen, die gleich hoch ist wie die schwankende Ausfuhrabgabe" — so scheinen hier zwei Probleme allzu nah miteinander verkettet, die eine reinliche Trennung nicht nur vertragen, sondern gebieterisch fordern. Die Aufgabe wird heillos verwirrt, wenn nicht erkannt wird, daß die Aufstellung des Ausfuhrindex als Maßstab der variablen Annuitäten und die Erhebung einer Ausfuhrabgabe als Deckungsmittel und Garantiefonds durchaus unabhängig voneinander zu behandeln sind. Daß eine schematische Exportsteuer von einem Viertel des Ausfuhrwerts unerträglich ist, bedarf keiner Begründung. Wenn man unter die Wiedergutmachungssteuern auch Ausfuhrabgaben aufnehmen will, so wird man sie nach der Art und nach den Lebensbedingungen der einzelnen Ausfuhrzweige abstufen und gliedern müssen; und man wird mit großer Vorsicht vorgehen müssen, wenn man nicht zugleich die Grundlagen für die Zahlung der festen Annuitäten erschüttern will — die ja ebenfalls zum Teil nur aus den Überschüssen der Ausfuhr erfolgen kann. Von Einzelfällen abgesehen, ist die Ausfuhr noch immer die Stelle des Wirtschaftskörpers, die am wenigsten einem erheblichen Steuerdruck ausgesetzt werden darf. Soweit dennoch eine Ausfuhrbelastung gewagt wird, wird sie eher den Exportindustrien als dem Handel auferlegt werden müssen; nur dort kann sie durch Verbesserungen der Produktionstechnik ohne Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit ausgeglichen werden. In einem solchen Fall wird auch die Rückerstattung der Abgabe, die im Zahlungsplan vorgesehen ist, nicht gewährt werden können; anders steht es in den Fällen, in denen ein Ententeland fortfährt, eine Sonderabgabe von der deutschen Einfuhr auf Grund des Zahlungsplans zu erheben.

Durchaus getrennt von diesen Steuerfragen ist das Problem zu behandeln, ob der Wert der deutschen Gesamtausfuhr als Maßstab der variablen Annuitäten beibehalten werden soll. Wir haben dargelegt, daß uns die politischen Vorteile einer solchen Regelung wichtiger zu sein scheinen als der Einwand, die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft könne nicht an der Höhe seiner Ausfuhr allein gemessen werden — zumal eine andere, um als gleichwertig anerkannt zu werden, ebenfalls variable Annuitäten in Höhe von anfangs über eine Milliarde Goldmark bringen müßte.

Dagegen erscheint es auch uns erwägenswert, den Satz des Ausfuhrindex zu differenzieren. Es sollte nicht nur klargestellt werden, daß weder die Naturallieferungen noch der eigentliche Veredelungsverkehr in die Gesamtausfuhr einzurechnen sind, sondern es sollte auch der Versuch gemacht werden, Klassen der Ausfuhrwaren zu bilden, die mit verschiedenen Indices belegt werden: der Index müßte in dem Maß niedriger sein wie der Wert ausländischer Rohstoffe beträgt, die in der Ware verarbeitet sind. Es bedarf kaum einer Erwähnung, daß es hier nicht auf eine prozentuell genaue Berechnung ankommt. Vielmehr wird man sich damit begnügen müssen, große Gruppen zu bilden, damit nicht durch die Komplizierung des Verfahrens die Vorteile einer differenzierenden Regelung aufgehoben werden.

Vor allem aber wird es zweckmäßig sein, einen Schlüssel zu finden, nach dem die Höhe der gesamten variablen Annuität in Beziehung zu der Höhe der Naturallieferungen gesetzt werden kann. Nur wenn diese Lieferungen mindestens den Wert der festen Annuität erreichen, wird man hoffen dürfen, die Ausfuhrabgabe ohne Zerrüttung der deutschen Wirtschaft zu tragen. Da auch den gegnerischen Mächten nichts daran gelegen sein kann, die Züchtung deutscher Schleuderkonkurrenz auf den Auslandsmärkten zu verstärken, erscheint es nicht ganz aussichtslos, über eine gleitende Indexskala zu verhandeln, die nach dem Anteil der Naturallieferungen an der jährlichen Gesamtleistung Deutschlands beweglich ist.

Kurt Singer

Die Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland

Was seit über 3½ Jahren sich in Rußland vollzieht, ist von größter prinzipieller, weittragender Bedeutung. Dies wird gerade jetzt vollends deutlich, da die vielen Wandlungen des Bolschewismus ein Ende gefunden haben und man wiederum da anknüpft, von wo man ausging. Vom Kapitalismus wollte man los und zum Kapitalismus, als der letzten Rettung, kehrte man zurück; die Stadien kommunistischer und sozialer Experimente sind überwunden. Es scheint daher angebracht, diese Rückkher zur „alten Wirtschaft" möglichst genau zu verfolgen und besonders die Argumente zu beachten, die heute von den ehemaligen Kommunisten vorgebracht werden.

Seit Lenin sich mit Hilfe seiner Freunde dazu entschlossen hat den Wiederaufbau Rußlands nur nach praktischen Gesichtspunkten vorzunehmen und sich vom Kommunismus zum Staatskapitalismus bekannt hat, gibt es keine einheitliche kommunistische Partei und keine geschlossene Regierung mehr in Rußland. Der Kampf der Radikalen geht weiter und obgleich die Gruppe Lenin vorläufig ihren Willen durchzusetzen vermochte, so kann doch nicht gesagt werden ob nicht Rückfälle in die verhängnisvollen Experimente des Kommunismus stattfinden werden. Lenins Freunde Rykow, Miljutin, Lomow und Nogin haben soeben aus dem Vorstande des obersten Volkswirtschaftsrates ausscheiden müssen. An Rykows Stelle ist Bogdanow zum Vorsitzenden gewählt worden und zu seinem Stellvertreter der Führer der Gruppe des Demokratischen Zentralismus. Lenins Reformprogramm wird also von links und rechts bekämpft, wodurch sich wohl die Schwankungen des neuen Kurses erklären lassen. Rykow, die stärkste Kraft der Leninschen Orientierung, ist nun durch einen geschickten Schachzug zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeits- und Verteidungsrates ernannt und ihm dadurch die Möglichkeit gegeben worden, für die Durchführung seines Programms von kompetentester Stelle zu wirken. Dies Programm besteht in der Beibehaltung der neuen Nationalsteuer, d. h. in der Überlassung des größten Teiles der Ernte als Privateigentum „im bürgerlichen Sinne des Wortes" und in der Zulassung des freien Großhandels was, wie Rykow sich ausdrückte, die Legalisierung eines neuentstehenden Bürgertums bedeute. Obgleich die Entnationalisierung der Industrie gesetzlich noch nicht bestimmt worden ist, so finden bereits Verkäufe der nationalisierten Betriebe durch deren Besitzer und Erben, unter stillschweigender Billigung der Behörden statt. Es wird sogar das Recht der Firmenbenutzung verkauft. Rykows Programm sieht die Übergabe weiterer Betriebe an Gesellschaften, Genossenschaften und

Private vor. Um jeden Preis soll die Produktion gehoben werden. Mit dem System der Requisitionen, Konfiskationen und Verbote soll endgültig aufgeräumt werden: es gäbe kein Gesetz, heißt es, das nicht abgeschafft oder abgeändert werden müßte, wenn dadurch der Warenmangel gemildert und der Warenaustausch gehoben werden könne. Die volle Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist damit angekündigt worden und dürfte in der nächsten Zeit Punkt für Punkt erfolgen, — wobei zu bemerken ist, daß die Aufhebungsdekrete oftmals vollzogenen Tatsachen nachhinken. Der Handel fühlt sich frei und betätigt sich nach jeder Richtung hin in seiner Weise, ohne sich viel um das Bemühen der Sowjetbeamten zu bekümmern, zu allem was geschieht erst ihre Genehmigung zu erteilen. Entscheidend war in den ersten Wochen die Überwindung der Furcht vor den Verboten; jetzt wo man weiß, daß es der Regierung ja doch nur noch darauf ankommt, das Gesicht zu wahren und nach wie vor als Regulator des Wirtschaftsleben zu gelten, jetzt tritt die Staatsgewalt immer mehr zurück vor dem freien Spiel der Kräfte. Wie aus dem Dunkel treten längst vergessene Elemente hervor und zeigen was sie können und wollen, jene Elemente die man ausgerottet glaubte, die einstmals selbständige Wirtschaftsfaktoren waren und die heute mit einem Schlage auch wieder selbständig sind, weil sie Initiative mit Instinkt zum Verdienen und praktisches Können besitzen. Kommen sie nicht selbst, so ruft man sie sogar offiziell herbei. So ist der bekannte Spezialist für Brückenbau, der Professor des ehemaligen Petersburger Wegebau-Instituts A. A. Belelubskie vom O. V. W. R. aufgefordert worden, unter glänzenden Bedingungen nach Rußland zurückzukehren, und alle ihm genehmen Mitarbeiter mitzubringen. Man kann eben nicht daran denken, den Wiederaufbau zu beginnen und „den Kapitalismus wiederherzustellen", wenn man nicht die führenden Persönlichkeiten der alten Wirtschaft wieder in ihre Rechte einsetzt. Mit der alten Wirtschaftsform, die man herbeisehnt, muß man eben auch das Bürgertum mit in den Kauf nehmen und also nicht nur die bisherigen wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Prinzipien beseitigen. Einen Kapitalismus ohne eine Bourgeoisie gibt es nicht. Man sieht dies ein und hat die Vernunft, danach zu handeln. Die „Krasnaja Gaseta" bringt ein Dekret der Sowjetregierung, wonach eine der „bourgeoisen Freiheiten", die man bisher nicht gelten lassen wollte, wiederhergestellt wird. Das Dekret behandelt die Freiheit der Person: Jedermann darf nur auf Grund eines schriftlichen Befehls verhaftet werden und muß im Laufe von 24 Stunden vernommen werden. Handelt es sich um einen Arbeiter, so ist der Gewerkschaft, zu der er gehört, Mitteilung zu machen und auf deren Verantwortung hin er sofort entlassen werden kann. Gleichzeitig soll die berüchtigte Außerordentliche (Terror) Kommission dem höchsten ordentlichen Gerichte unterstellt werden. Wenn es mit der praktischen Durchführung solcher Dekrete bei der Gesetzlosigkeit und Willkür der kommunistischen Beamten wohl auch noch lange hapern dürfte, so versucht man doch wenigstens, gesetzliche Zustände wieder einzuführen. Auch in einer Reihe anderer Fragen wagt man radikale Reformen, die etwas unsystematisch erscheinen, immerhin aber doch auf der gleichen Ebene der Rückkehr zur praktischen Vernunft liegen. Der ungeheure Beamtenapparat soll abgebaut werden und zwar durch die Einzelbehörden selbst, die zu Entlassungen berechtigt sind und daran dadurch interessiert werden, daß jeder einzelne Gehälteretat gleich bleiben soll, auch wenn die Zahl der Beamten abnimmt, die Angestellten also einer Kanzlei desto höhere Gehälter erhalten, je geringer die Zahl ihrer Kollegen ist. Ebenso ist man radikal zur Metallwährung zurückgekehrt. Vom 1. 7. d. J. an soll es wieder Silberrubel geben, die 13 000 Papierrubel wert sein sollen. Usw.

Man muß nun nicht etwa glauben, daß mit allen diesen Dekreten und Aufhebungen der bisherigen unheilvollen Verbote dem Lande des Elends und der Verarmung schon geholfen ist. Im Gegenteil: gerade die begonnene Periode der Rückkehr zu den alten Verhältnissen ist gekennzeichnet durch verschärften Hunger und die Lahmlegung des letzten Restes der russischen Industrie. Die Reformen haben eben zu spät eingesetzt; Zehntausende von Arbeitern benutzen die Lockerung des Druckes und fliehen in die Dörfer, um sich vor dem Hunger zu retten. Lebensmittelunruhen sind an der Tagesordnung; die Aufstandsbewegung schwelt, besonders auf dem flachen Lande, weiter; die Sowjetregierung hat gerade jetzt an moralischem Kredit verloren, da man ihr — mit Recht — vorwirft, sie hätte schon längst ihre Fehler einsehen sollen. Um sich zu halten, muß die Sowjetregierung vor allem ihre eigenen Anhänger dazu noch erst davon überzeugen, daß die Rückkehr zur alten Wirtschaft nicht ein Verrat am Marxismus, sondern eine Notwendigkeit ist, die mit den bisher vertretenen Ideen irgendwie übereinstimme. Diese schwierige, um nicht zu sagen, unmögliche Aufgabe hat der heute als „Menschewik" verschriene Lenin übernommen. Ein Kongreß folgt dem anderen; der ganze Agitationsapparat arbeitet in der neuen Richtung; Lenin ist unermüdlich dabei, die Notwendigkeit des Kapitalismus und seine Harmlosigkeit vom sozialistischen Standpunkte aus zu beweisen.

Auf der Moskauer Konferenz der komm. Partei erklärte er z. B. die bisherigen Versuche einer Verständigung mit der Bauernschaft müßten ersetzt werden durch ein Bündnis der Arbeiter mit den Landwirten auf Grund direkten Warenaustausches. Um einen Fonds von Waren zu erhalten, seien Verträge über Lieferung derselben durch das Ausland abgeschlossen worden. Die Konzessionserteilung an ausländische Unternehmer sei notwendig, da es ohne eine Großindustrie keinen Sozialismus geben könne. Diese Wahrheit sei durch das Beispiel Rußlands erhärtet worden. „Von den Hauptzielen, um derentwillen wir einer Großindustrie bedürfen, weichen wir nicht ab. Der Kapitalismus, der auf Grund des kleinen Privateigentums entsteht, wird uns so lange nicht erschrecken, so lange das Proletariat (d. h. also der Staat) die Großindustrie beherrscht." Um die Arbeiter ernähren zu können, bedürfe man außerdem eines Nahrungsmittelfonds. Hierzu bedarf man nicht nur der Auslands-, sondern auch der Inlands-Tauschwaren, die nur eine freie Klein- und Verarbeitungsindustrie schaffen könne. Die Naturalsteuer sei nur eine vorübergehende Maßnahme, die nach Wiederherstellung der industriellen Produktion, d. h. nach Schaffung von Austauschwaren, fallen könne.

In einem größeren Aufsatz in der Zeitschrift „Rotes Neuland" („Krasnaja Nowj") führt Lenin diese Argumentation weiter aus. Er nennt darin alle weiteren Verbote des privaten Handels eine Dummheit und einen Selbstmord, da der Staat dem Bauern nichts liefern könne, die Produkte der Landwirtschaft jedoch unbedingt braucht. Das Gebot der Stunde sei nicht eine Verhinderung des Wiederaufkommens des Kapitalismus, sondern der Versuch, die Entwicklung desselben zum Staatskapitalismus anzustreben. Als Formen dieses Staatskapitalismus nennt er die Konzessionen und die Konsumgenossenschaften. Das Recht und die Freiheit dieser Kooperative, in ihrer Weise tätig zu sein, bedeute allerdings Rechte und Freiheiten für den Kapitalismus. Dies nicht einsehen zu wollen, sei ebenso dumm wie verbrecherisch. Die dritte Form des Staatskapitalismus sei die Aufforderung des

Staats an den Kaufmann, staatliche Waren in Kommission zu übernehmen und für den Staat kommissionsweise einzukaufen. Die vierte Form sei die Verpachtung von Staatsbetrieben, Domänen oder der Gewerbe usw. Lenin weist darauf hin, daß im Innern des Russischen Reiches die Barbarei in schlimmster Form herrsche und daß deshalb der direkte Übergang zum Sozialismus undenkbar sei. Denkbar sei der Sozialismus überhaupt erst nach Durchführung der Elektrifizierung, hierzu bedarf es jedoch mindestens zehnjähriger Vorarbeiten. „Also ist der Kapitalismus unentrinnbar" . . . .

Diese Ausführungen des Hauptes der kommunistischen Weltgemeinde Wladimir Iljitsch Uljanow-Lenin bedürfen keines Kommentares. Es wäre auch zwecklos, bedauernd hinzuzufügen, daß diese Erkenntnisse reichlich spät kommen und für andere Leute seit Jahr und Tag feststanden. Wichtig ist jedoch, festzustellen, daß Lenin heute die Probleme in völliger Klarheit sieht und ohne Schwanken vernichtet, was er selbst aufgerichtet hat. Tatsachen können Abänderungen erfahren; diese laut verkündeten Einsichten werden in Zukunft ihr Gewicht bewahren und ein neuerliches Zurückschwenken zum Sozialismus, geschweige denn zum Kommunismus, unmöglich machen.

Es ist zu hoffen, daß Lenins Einsichten jedoch nicht nur in Rußland, sondern überall dort gehört werden, wo man jene Ziele vertritt, die er heute als unausführbar bekämpft.

Dr. Hans von Eckardt

Deutschland

Der Außenhandel Januar bis Oktober 1913 und 1920

Der „Wirtschaftsdienst" wird von nun an allmonatlich die wichtigsten Angaben über den deutschen Außenhandel veröffentlichen und besprechen. Dazu ist uns erst seit kurzer Zeit das Material in die Hand gegeben, indem das Statistische Reichsamt nach mehr als fünfjähriger Unterbrechung die Veröffentlichung der „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands" mit dem Monat Juli 1920 wieder begonnen hat. Da diese Nachweise aber nur Hauptübersichten der Warengruppen und Zahlen für die einzelnen Warengattungen enthalten, wobei die Übersichten mit einem gewissen Schematismus verfahren, den Einzelnachweisen aber jede Übersicht fehlt, mögen unsere Tabellen für einen Überblick willkommen sein. Da das Reichsamt ungefähr ein halbes Jahr zur Bearbeitung und Drucklegung des Materials zu brauchen scheint, sind wir auch jetzt erst in der Lage, die Zahlen für die ersten zehn Monate 1920 zu veröffentlichen.

Ein beträchtlicher statistischer Mangel konnte allerdings auch hier nicht vermieden werden: die Einfuhrwerte fehlen noch immer in der Reichsstatistik für das Jahr 1920; wir haben daher auch die Einfuhrwerte von 1913 fortgelassen. Die Ausfuhrwerte, die für beide Jahre angegeben sind, verstehen sich für 1913 in Goldmark, für 1920 in Papiermark. Stehen wir bei den Einfuhrwerten vor einem Nichts, so stehen wir bei den Ausfuhrwerten zum mindesten vor einem Problem, das die Benutzung auch dieser Zahlen sehr erschweren muß.

Die letzte Rubrik der folgenden Tabelle zeigt, daß die für die Ausfuhr erlangten Werte im Durchschnitt Januar-Oktober 1920 das 24fache der Werte von 1913 betragen.

Menge in 1000 dz Wert in Mill. ℳ	Einfuhr Menge 1920	Einfuhr Menge 1913	Ausfuhr Menge 1920	Ausfuhr Menge 1913	Ausfuhr Wert 1920	Ausfuhr Wert 1913	Durchschn.-wert d. Ausf. in ℳ je dz 1913	Durchschn.-wert d. Ausf. in ℳ je dz 1920	Steigerung 1913 = 1
Jan./Juni	83 936	340 636	89 524	361 260	28 653	5 599	15	318	21
Juli . . .	17 934	63 373	20 937	62 575	6 190	861	14	295	21
August .	15 116	64 650	19 103	59 605	6 033	785	16	317	20
September	16 795	63 838	18 369	63 484	6 418	875	14	357	27
Oktober .	17 578	68 378	14 945	64 731	6 494	900	14	432	31
Jan./Okt.	150 789	606 863	162 831	611 678	53 754	8 409	14	339	24

Wenn wir die Entwertung der Mark im Auslande, nach Valuta und Beteiligungsgrad der Hauptbezugsländer deutscher Waren berechnet, mit 90 % im Durchschnitt ansetzen, so behaupten sich die Ausfuhrwerte von 1920 doch noch mit dem doppelten der entsprechenden Werte von 1913. Soweit also im Ausland die Preissteigerung gegen den Friedensstand 140 % nicht übersteigt, ist es möglich gewesen, im Durchschnitt den Weltmarktspreis zu erhalten. Es muß aber berücksichtigt werden, daß die Zahlen für 1913 und 1920 nicht ohne weiteres vergleichbar sind, da die ausgeführten Warengattungen in beiden Jahren nach Art und Qualität nicht gleichwertig zusammengesetzt waren. Es läßt sich nur feststellen, daß die Durchschnittswerte pro dz sich von Juli bis Oktober 1920 von 295 ℳ auf 432 ℳ gehoben haben.

Nach Mengen betrachtet beträgt die Ausfuhrmenge ein Drittel des Friedensstandes, die Einfuhr nur ein Viertel. Also steht die Einfuhr mengenmäßig noch etwas hinter der Ausfuhr zurück; sie ist etwa um ein Zwölftel geringer als die Ausfuhr, während im Frieden beide nahezu gleich waren. Ob auch der Einfuhrwert hinter dem Ausfuhrwert zurückbleibt, ist eine offene Frage. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das Gegenteil der Fall ist, da die Einfuhr immer zu Weltmarktspreisen erfolgen wird.

Nebenstehende Tabelle veranschaulicht, welchen Anteil die einzelnen Waren an den in der ersten Tabelle gegebenen Summen und Verhältnissen haben. Dort fanden wir, daß 1920 die Einfuhrmenge ¼ der Einfuhrmenge von 1913, die Ausfuhrmenge ⅓ der Ausfuhrmenge von 1913 haben. Danach lassen sich die Waren in drei Gruppen einteilen: 1. Waren, die 1920 wesentlich weniger als die Durchschnittsmengen von ¼ der Einfuhrmenge und ⅓ der Ausfuhrmenge von 1913 aufweisen — unter Einfuhr: Kohle, Koks, Holz, Kali, Maschinen; unter Ausfuhr: Kohle, Koks, Mineralöl, Teer, Eisenerz, Textilstoffe roh und bearbeitet, Fleisch, Fisch, Zucker, Kaffe usw. Tabak. 2. Waren, die 1920 jene Durchschnittsmengen wesentlich übersteigen — unter Einfuhr: Eisenerz Eisen und Waren daraus, Textilfabrikate, Kaffee usw., Tabak; unter Ausfuhr: Textilfabrikate, Kali, Maschinen. 3. Waren, die 1920 in absoluten Zahlen die Mengen von 1913 übersteigen — unter Einfuhr: Zucker, Fleisch, Fisch, unter Ausfuhr: Holz, Schweine, Rinder.

Ein Vergleich der drei Gruppen untereinander zeigt, daß vielen Waren mit auf 1913 bezogenen hohen Einfuhrziffern niedrige Ausfuhrziffern entsprechen, und umgekehrt; so vor allem für die eine Kategorie Zucker, für die andere Holz. Das ist eine deutliche Folge der Umstellung, die in diesen und manchen andern Zweigen der deutschen Wirtschaft stattgefunden hat. In der Zuckerindustrie hat Deutschland seine frühere beherrschende Stellung der Tschecho-Slowakei einräumen müssen, und für Holz ist das vorwiegende Bezugsland Deutschlands Rußland, ausgeschieden, was eine stärkere Eigenproduktion veranlaßt hat. Bei den übrigen oben angeführten Waren läßt sich jene Korrelation nicht herstellen. Kohle und Koks stehen sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr hinter 1913 unverhältnismäßig stark zurück. Die schwache Ausfuhr erklärt sich natürlich aus den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag und aus dem Verlust wichtiger Kohlengebiete, und da Deutschland in Ermangelung einiger für die Industrie notwendigen Kohlensorten stets etwa die Hälfte der Kohlenausfuhr zum Eintausch fremder Kohle benutzt hat, mußte die Einfuhr jetzt im selben Maße wie die Ausfuhr zurückgehen.

Waren Menge in 1000 dz Wert in Mill. ℳ.	Einfuhr				Ausfuhr								Durchn.-wert der Ausfuhr (In ℳ je dz)		Steigerung (1913=1)
	Oktober		Jan./Okt.		Oktober				Januar—Oktober						
	1920	1913	1920	1913	1920		1913		1920		1913		1913	1920	
	Menge	Menge	Menge	Menge	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert			
1. Kohle (Stein- u. Braun-)	2 365	15 200	22 472	149 194	4 851	220	33 291	49	64 825	2 880	315 303	478	1,5	45	30
2. Koks	2,8	835	10	5 188	637	56	5 523	11	8 334	615	55 465	115	2	86	43
3. Mineralöle, Teere usw.	597	1 253	3 530	12 434	45	17	387	5	354	166	3 915	52	13	387	29
4. Eisen- und Manganerz	6 872	12 065	52 622	118 363	231	4	2 127	0,6	1 338	16	21 686	6	0,3	16	52
5. Bau- und Nutzholz	439	3 329	2 149	29 805	414	32	334	0,8	3 057	195	1 967	7	2,3	77	33
6. Harze, Kautschuk usw.	43	150	304	1 233	0,4	0,8	38	3	6	15	364	38	93	2 000	22
7. Wolle, roh	48	81	433	1 682	0,5	4	16	5	5	43	197	42	311	7 400	24
„ bearbeitet	21	29	89	274	6	45	26	8	48	372	237	69	305	6 938	23
„ Fabrikate	5,7	20	67	230	7	135	43	32	51	1 080	393	303	758	19 912	26
8. Baumwolle, roh	73	400	527	3 838	0,8	2	20	2	6	23	468	52	96	2 125	22
„ bearbeitet	14	60	129	513	2,5	2,3	39	2	20	19	379	23	60	920	15
„ Fabrikate	15	65	228	607	26	209	95	40	338	1 754	866	380	421	7 947	19
9. Flachs, Jute usw., roh	101	288	641	2 761	3	3	25	2	14	23	581	33	63	1 074	17
„ „ bearbeitet	1,7	3	9	38	0,1	0,2	4	0,2	1	3,3	20	2	52	2 000	38
„ „ Fabrikate	2,8	31	47	332	15	41	21	5	154	447	196	42	233	2 720	11
10. Kali	0,1	3	1,3	26	339	48	1 807	7	7 851	1 174	14 003	83	4	141	34
11. Künstliche Düngemittel	85	410	376	5 250	1,3	0,2	754	4	61	4,4	8 910	48	5	154	33
12. Farben	4,5	63	95	633	53	240	224	24	826	2 810	2 235	243	108	4 395	41
13. Eisen und Waren daraus	218	483	3 478	8 843	1 624	1 388	6 206	123	13 920	10 546	56 821	1119	186	839	4½
14. Maschinen aller Art [1]	3,6	51	35	776	404	661	483	56	3 084	4 312	4 665	543	117	1 636	14
15. Elektrot. Erzeugnisse	0,9	6	12	48	75	264	117	27	540	1 859	1 045	228	230	3 511	15
16. Schiffe. Stück und Wert	23	56	49	833	118	16	66	2	1 778	132	604	14	—	—	—
„ Tonnen [2]	185	8 018	320	101 778	1 450	—	5 722	—	22 675	—	44 638	—	—	—	—
17. Papier und Waren daraus	25	110	692	912	338	353	439	23	1 972	2 234	4 548	218	51	1 045	20
18. Bücher, Bilder	2,4	7	20	63	9	29	22	9	97	289	195	83	431	3 353	8
19. Spielzeug	0,1	0,6	1	5	25	86	78	14	231	883	460	83	184	3 466	19
20. Getreide und Mehl	1 340	9 012	13 777	65 313	29	8	3 067	49	369	63	11 956	380	16	276	17
21. Fleisch u. tierische Fette	272	267	3 028	2 540	0,3	0,4	21	5	4	7	137	9	241	1 333	6
22. Fische	379	475	2 997	2 989	1,4	1	28	1	21	9	185	10	41	646	16
23. Zucker	90	6	773	22	2,3	0,6	754	19	47	14	9 065	218	24	261	19
24. Kaffee, Kakao, Tee	90	179	537	1 907	0,03	0,1	3	0,2	1,3	5,3	27	2	77	3 333	43
25. Alkoholische Getränke	145	164	1 228	1 787	43	26	189	6	529	253	1 759	32	34	617	18
26. Tabak	4,9	6	76	125	0,6	7	3	0,9	6,8	101	29	8	325	11 333	35
27. Pferde Stück, Wert	6 044	11 094	37 426	130 311	13	0,5	465	0,2	530	5	4 849	2	—	—	—
28. Rinder „ „	7 863	20 764	26 215	215 913	240	1,3	97	0,05	1 722	9	1 258	0,8	—	—	—
29. Schweine „ „	3 530	12 632	61 131	127 349	1 518	0,4	108	0,01	16 001	4	1 108	0,1	—	—	—
30. Schafe „ „	12	1 448	165	12 272	44	0,1	470	0,03	2 189	1	8 519	0,4	—	—	—

[1] In 13. nicht enthalten.
[2] Unvollständig

Zl.

England

Das Bankwesen im Jahre 1920

Durch die Wiedereinführung der monatlichen Veröffentlichung von Ausweisen durch die englischen großen Depositenbanken verlieren die Jahresabschlüsse nur insoweit an Interesse, als man gewisse Tendenzen vor der endgültigen Publikation der Bilanz schon voraussehen kann. Aber trotzdem geben die endgültigen Summen eine Fülle von Material, das in den monatlichen Ausweisen nicht enthalten ist, namentlich bezüglich der Gewinne. Ein Rückblick über das verflossene Jahr nach Erscheinen aller Jahresabschlüsse bleibt daher nach wie vor von Wert. Wenn schon im Vorjahre die englische Bankwelt allen Grund hatte, mit den Ergebnissen des Jahres 1919 zufrieden zu sein, so ist das trotz aller Widrigkeiten des Jahres 1920 heute noch in erhöhtem Maße der Fall. Es ist ja das Eigentümliche der Bankwelt und der Börse, daß ihr bewegte Zeiten größere Gewinne abwerfen als ruhige, und so haben auch im Jahre 1920 die hohen Geldsätze, die den Kaufmann bedrückten, den Banken überreiche Gewinne eingebracht. Nach dem „Economist" wurden 1920 gute Dreimonatswechsel durchschnittlich zu einem Satz von nicht ganz 6,4 % diskontiert und der Satz für kurzfristig ausgeliehene Gelder betrug im Durchschnitt nicht ganz 5,2 %. Demgegenüber betrug der durchschnittliche für Depositen gezahlte Zinsfuß nur etwas über 4,7 %. Dennoch erreichte die Marge zwischen Aktiv- und Passivzinsen der Banken mit etwa 1¼ bzw. 1½ % eine fast beispiellose Höhe. Das reguläre Bankgeschäft hat daher im Jahre 1920 zweifellos schon an sich große Gewinne gebracht, aber ihre präzedenslose Größe findet noch durch andere Momente eine Erläuterung.

Gewinn der Banken (in 1000 £):

	in England	in Schottland	in Irland
1911	8 214	1 797	1 007
1912	9 124	1 870	1 054
1913	10 377	1 885	1 101
1914	9 121	1 907	1 105
1915	9 829	1 938	1 226
1916	10 735	2 015	1 103
1917	11 678	2 127	1 193
1918	12 579	2 256	1 402
1919	14 640	2 388	1 428
1920	17 399	2 393	1 702

Das schnelle Anwachsen der Gewinne, das sich aus den obigen Zahlen ergibt, und das in keinem Verhältnis zu der

Vermehrung der Depositen oder des Anlagekapitals steht, bedarf einer eingehenderen Untersuchung. Bevor wir diese vornehmen, müssen wir jedoch einen Blick auf die Entwicklung der Bilanzzahlen werfen.

The Big Five

		Barclay's	Lloyds	Ldn. J. County & Midld	Ldn. County Wm. & Parr's	National Provincial & M. B. v. E.
Anzahl d. Filialen	1919	1 449	1 486	1 434	779	613
	1920	1 510	1 530	1 489	828	648
		Beträge in 1000 £				
eingezahlt. A.-K.	1919	3 430	9 420	8 417	—	—
A.	1920	3 430	14 138	10 860	8 503	7 807
B.	1919	5 390			8 504	9 309
	1920	11 761	—	—	—	—
Reserven	1919	7 000	9 675	8 417	8 750	7 239
	1920	3 250	10 000	10 860	9 004	8 878
Gewinnsaldo	1919	—	1 227	1 257	972	631
	1920	566	1 369	1 426	1 019	8 221
Akzepte und Indossamente	1919	13 588	32 079	29 014	23 704	5 968
	1920	10 228	17 868	27 850	19 034	4 404
Depositen und Kontokorr.-Guthaben	1919	296 059	324 711	371 742	304 548	251 751
	1920	327 223	345 029	371 842	305 341	278 335
Bilanzsumme	1919	325 468	377 113	418 848	346 796	273 396
	1920	361 858	388 407	422 837	343 434	301 751
Kasse u. Guth. b. d. B. v. E.	1919	65 174	57 587	68 267	58 767	35 686
	1920	61 711	51 153	62 494	49 124	41 954
Kurzfr. Außenstände	1919	20 031	14 621	18 439	18 794	10 998
	1920	21 313	14 748	26 194	22 938	11 851
Engl. Staatsanl. (soweit getrennt aufgef.)	1919	53 135	66 232	64 216	59 849	48 335
	1920	47 164	64 041	56 279	51 940	48 308
And. Effkt. u. Anl.	1919	9 205	9 533	3 846	5 210	5 296
	1920	16 772	9 335	4 745	6 045	8 129
Wechs. i. Portef.	1919	30 253	57 491	52 889	49 351	23 944
	1920	44 861	76 037	57 672	60 336	42 753
Darlehen	1919	130 095	135 763	178 556	127 091	140 361
	1920	155 561	151 079	189 720	3 539	140 884
Bankgebäude u. and. kl. Posten	1919	17 572	35 883	32 633	26 734	8 876
	1920	14 476	22 009	31 734	22 513	8 069

Banken von England und Wales ausschließlich Bank von England

	1919	1920	1919	1920
Zahl der Banken	21	20		
Zahl der Filialen	6928	7257		
	Beträge in 1000 £		in % der Bilanzsumme	
Eingezahltes Kapital u. Reserven	106 273	128 154	5,0	5,8
Depositen	1 874 184	1 961 527	87,9	89,0
Akzepte	151 138	102 920	7,1	4,7
Kasse u. kurzfr. ausgel. Gelder	452 755	449 153	21,3	20,4
Wechsel und Darlehn	1 129 582	1 263 091	53,0	57,4
Dauernde Anlagen	398 611	368 734	18,7	16,7
Bilanzsumme	2 137 908	2 200 317	100	100

In den beiden obigen Tabellen sind die Bilanzergebnisse der englischen Banken zusammengestellt; während die erste Tabelle die einzelnen Posten der sogenannten „Big Five" untereinander und mit dem Vorjahr vergleicht, stellt die zweite die wichtigsten Zahlen aus den Bilanzen der 20 Depositenbanken, die zurzeit in England Geschäfte betreiben, gegenüber. Die Fusionsbewegung ist seit Anfang des vorigen Jahres nicht mehr rege gewesen. Mit Beckett & Co. Ltd., die in die London County Westminster & Parrs Bank aufgegangen ist, verschwindet die letzte Privat-Notenbank des eigentlichen Englands. Durch das Ausscheiden dieser Bank ist die Zahl der Banken in Tab. 1 von 21 auf 20 zurückgegangen, das weitere Anschwellen der Filialen aber weist darauf hin, daß die Expansionsbestrebungen dieser nunmehr übrigen 20 Banken nicht zum Abschluß gekommen sind. Das Ansteigen des Kapitals ist auch mit auf die Propaganda zur Verstärkung der Reserven zurückzuführen. Durch die nur schwache Vermehrung der Depositen hat sich das Verhältnis des Kapitals, oder richtiger der eigenen Mittel, zu den Verbindlichkeiten erfreulich gebessert. Interessant ist es, festzustellen, daß seit Februar 1921 sich in der Zahl der Depositen sogar ein Rückgang bemerkbar macht. Die neun, wöchentliche Ausweise veröffentlichenden englischen Banken zeigen folgende Depositenhöhe im Monatsdurchschnitt:

Januar...	1810,1	= + 5,5 Mill. £	gegen 31. 12. 1920 1804,6 Mill. £
Februar .	1754,4	= + 50,2 „ „	
März	1715,0	= — 89,6 „ „	
April	1709,9	= — 95,7 „ „	

Das ist keine erfreuliche Erscheinung, auch kein Beweis für den Abbau der Inflation, sondern ausschließlich ein Zeichen der Depression. Kurzfristig ausgeliehene Gelder zeigen bei den „Big Five" eine weitere Zunahme, dagegen ist die Kasse nicht unerheblich zurückgegangen; ebenso Staatsanleihen. Das Portefeuille hat sich vergrößert, aber Darlehen und Akzepte sind zusammengeschrumpft. Auch hier spiegelt sich die rückläufige Konjunktur sehr deutlich wieder. Es ist das erstemal, seit die englischen Banken Akzeptgeschäfte in größerem Umfang aufgenommen haben, daß es einen so erheblichen Rückgang aufzuweisen hat. Während im Jahre 1890 am Bilanztermin nur 22,7 Mill. Akzepte von 104 Banken im Umlauf waren und im Jahre 1913 von 43 Banken (das Ergebnis der Fusionen!) nur 61,7 Mill., beginnt im Jahre 1915, vor allem aber 1919 das Akzeptgeschäft gewaltig an Ausdehnung zuzunehmen. Die 21 1919 noch bestehenden Banken hatten fast den anderthalbfachen Betrag ihres Aktienkapitals akzeptiert; 1920 nur $^5/_6$ desselben. An der Ausdehnung des Akzeptgeschäftes in den letzten Jahrzehnten haben sich auch die Londoner Bankhäuser lebhaft beteiligt: Barclays, Lloyds, London Joint City & Midland, London County Westminster & Parrs hatten am 31. 12. 19 Akzepte von weit mehr als dem doppelten Aktienkapital in Umlauf; sie trifft der Rückgang ebenfalls; bei Barclays und Lloyds ist die Summe um die Hälfte, bei den andern weniger, aber immerhin erheblich zurückgegangen. Und diese Banken akzeptierten noch 1910 so gut wie gar nicht. Ihr Eindringen in das Provinzgeschäft und ihre neu geknüpften überseeischen Verbindungen haben diese Kreditgewährungen mit sich gebracht. Daß sie jetzt zurückgehen, ist wohl im wesentlichen auf den Rückgang der Konjunktur zurückzuführen. Und so tritt das englische Bankwesen seit dem Krieg in ein ganz neues Stadium; an die Stelle der sich langsam und stetig entwickelnden Geldmarktgewinne treten die sprunghafteren Konjunkturgewinne. Auch andere Bilanzposten lassen diese Tendenz erkennen. Feste Anlagen sind gestiegen, wenigstens bei den „Big Five" und zwar trotz nicht unerheblicher Abschreibungen, die auf diese Posten vorgenommen wurden (im Jahre 1919 3,4, 1920 4,9 Mill. £). Die gleiche Tendenz zeigen bei den „Big Five" die Darlehen.

Es wurde schon öfter darauf hingewiesen, daß diese neue Richtung große Gefahren in sich birgt, am meisten von englischer Seite selbst. Tatsächlich sind es vielfach mehr politische als wirtschaftliche Erwägungen, die für die Expansion maßgebend gewesen sind. Das verflossene Jahr hat auch diese Angst nicht unbegründet erscheinen lassen; der Zusammenbruch der hochpolitischen Gründung der Abyssiniar Co., bei der die Aktionäre innerhalb eines Jahres ihr halbes Aktienkapital verloren haben, kann als Beispiel angezogen werden. Sie wurde gleichwie seinerzeit die British Trade Corporation, die selbst noch immer eine „vorsichtige Dividendenpolitik" zu treiben gezwungen ist, auf Veranlassung der britischen Regierung gegründet, sollte Abessinien wirtschaftlich „durchdringen". Ihre Spekulationen sind

derart fehlgeschlagen, daß sie wohl demnächst aufgelöst werden wird. Auch die New Levant Co., ein ähnliches Institut mit ähnlichen Zwecken, die die gesamte Levante in ihr Tätigkeitsgebiet einbeziehen soll, hat infolge ungünstiger politischer Verhältnisse auf keinen grünen Zweig kommen können. Viele ihrer Filialen und Geschäftsniederlassungen sind noch immer zur Untätigkeit verurteilt und machen nur Spesen. Trotzdem verzeichnet das verflossene Jahr ein weiteres Vorgehen des englischen Bankwesens auf diesem Gebiet. Neue Gründungen sind ins Leben getreten, so die British Overseas Bank und die Anglo-Polish Bank, eine Gründung der letzteren in Gemeinschaft mit Peretz & Co.; weiter wurde die British-American Continental Bank mit einem Nominalkapital von 2½ Mill. £ auf das etwas über 300 000 £ eingezahlt sind, gegründet (es handelt sich dabei um die Sanierung eines alten Merchant-Hauses Hanevigs Bank, das durch den Konjunkturrückgang in Amerika in Schwierigkeiten geraten war). Auch die Anglo-Baltic Bank, die Mediterranean Bank und die British & North European Bank stehen im ersten Geschäftsjahr.

Die fremden Banken mit Niederlassungen in London haben meist ihre Geschäfte im verflossenen Jahr gut ausdehnen können, und der englischen Volkswirtschaft auf diese Weise wieder allem Anschein nach erhebliche Mittel zugeführt. *Pt.*

Finnland

Absatzkrise — Einfuhrergebnisse — Teuerung und Verbraucher — Zollregelung — Passive Zahlungsbilanz — Valutasturz — Gespannter Geldmarkt — Aussichten für den Handel mit Rußland

Die Absatzkrise auf den Weltmärkten hat die wirtschaftliche Lage Finnlands sehr zu seinen Ungunsten beeinflußt. Die Stockung im Absatz von Holz, Holzmasse und Papier und die daraus sich ergebenden Folgen zeigen einmal wieder den hohen Grad der Abhängigkeit der finnländischen Volkswirtschaft vom Erfolg der Ausfuhrtätigkeit.

Die Kurve der monatlichen Ausfuhrwerte nahm folgende Entwicklung (in Mill. F*M*):

Januar	Februar	März	April	Jan./April 1921	Jan./April 1920
95,4	64,2	58,4	111,2	329,2	298,5

In diesen Ausfuhrwertzahlen von vier Monaten kommt die Stockung im Ausfuhrgeschäft zwar nicht zum Ausdruck; wenn man aber berücksichtigt, daß es sich zum großen Teil nur um die Abwicklung schon im Vorjahr abgeschlossener Käufe handelt, und daß die Ausfuhr der ersten vier Monate selbst in einem so günstigen Ausfuhrjahr wie 1920 nur etwa ein Zehntel der Jahresausfuhr betrug, was auf die Schließung der Schiffahrt während der Vereisungszeit zurückzuführen ist, so werden die Nachrichten über das Versagen der Nachfrage auf dem Holz-, Holzmasse- und Papiermarkt durch diese Zahlen nicht widerlegt werden können. Der Umschwung der Marktlage wird durch den Sturz der Preise gekennzeichnet; es erscheint durchaus zweifelhaft, ob die Importeure die neuerdings durch Abmachungen zwischen den schwedischen und finnländischen Exporteuren festgesetzten Mindestpreise, die z. B. für den Standard 7" Battens af Räfsö 16 £ betragen sollen, während im Vorjahr für dieses Maß bis über 30 £ erzielt wurden, bewilligen werden. Unter diesen Umständen hat auch die Regierung die Ausfuhrabgabensätze für das laufende Jahr bedeutend ermäßigt. Die Ausfuhr von Butter und Käse hat im Vergleich zum Vorjahr etwas zugenommen, die von Streichhölzern abgenommen. Hauptabnehmer Finnlands waren im ersten Vierteljahr England mit 90,3 Mill. F*M*, die Vereinigten Staaten mit 40,1 Mill. und Deutschland mit 26,5 Mill.

Die Einfuhr entwickelte sich folgendermaßen (in Mill. F*M*):

Januar	Februar	März	April	Jan./April 1921	Jan./April 1920
194,7	271,1	170,4	296,6	932,7	994,4

Von der Gesamteinfuhr des ersten Vierteljahrs kamen 206,2 Mill. aus England, 144,3 Mill. aus Deutschland, 88,9 Mill. aus Schweden und 71,9 Mill. aus den Vereinigten Staaten. Als Gesamtindex für die Einfuhrpreise (1913 = 100) wurde für das erste Vierteljahr 1.432 % gegen 1.387 % im ersten Vierteljahr 1920 berechnet, also ist noch wieder eine Verteuerung zu verzeichnen. Der Lebenskostenindex (1913 = 100) fiel von 1.065,4 im Januar auf 1.012,4 im Februar, weil Ernährung, Kleidung und Brennstoff etwas billiger geworden sind. Diese geringfügige Verbilligung wird für die große Masse der Verbraucher durch die in allen Industriezweigen erfolgenden Arbeits- und Lohnbeschränkungen, welche zur Einschränkung und Verbilligung der die Nachfrage und die Kaufkraft der Verbraucher übersteigenden Produktion vorgenommen werden mußten, wieder ausgeglichen.

Die Freigabe des Außenhandels erfolgte am 1. April. Seitdem gilt auch für dieses Jahr eine allgemeine Erhöhung der Zollsätze von 1919 um 200 %; gewisse Waren der Gruppen: Fleisch, Getreide, Baumwollzeug, Schuhzeug, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte sind von der Erhöhung frei, für Wollzeug beträgt die Erhöhung nur 100 %. Besondere Zölle bestehen für Weizen, ungemahlen und gemahlen (1,— und 1,15 F*M* je kg), Kaffee, ungeröstet und geröstet (12 und 15 F*M* je kg), Zucker, unraffiniert und raffiniert (1,50 und 1,80 F*M*), Rohtabak (23 F*M* je kg). Für Luxuswaren kann die Regierung die Zölle bis auf das Zehnfache erhöhen.

Wenn auch der Einfuhrüberschuß der ersten vier Monate von 603,6 Mill. F*M* hinter dem der ersten vier Monate 1920 von 696,4 Mill. F*M* zurückbleibt, so ist er doch für die Zahlungsbilanz Finnlands im laufenden Jahre eine größere Belastung, weil die Aussicht auf die Erzielung von Ausfuhrüberschüssen in den Sommer- und Herbstmonaten, welche in Normaljahren die Einfuhrüberschüsse der ersten Monate zum großen Teil wiedergutmachen, bei dem geringen Ergebnis der Verkäufe im Ausfuhrhandel nur schwach ist. Der Saldo der Auslandsguthaben der finnländischen Banken bleibt negativ, und entwickelte sich wie folgt (in Mill. F*M*):

31. 12.	31. 1.	28. 2.	31. 3.	30. 4.
— 739,4	— 779,1	— 628,2	— 673,1	— 790,1

Trotz der Bindung eines großen Teils der bisher an der Stockholmer Börse zu spekulativen Zwecken benutzten Valuta durch die Aufnahme von Staatsanleihen bei schwedischen, norwegischen und dänischen Banken, hat sich der Kurs der F*M* auf Grund der schlechten Aussichten für die weitere Entwicklung der Zahlungsbilanz Finnlands stark verschlechtert:

Stockholmer Kurs:

3. 1.	1. 2.	1. 3.	1. 4.	30. 4.	14. 5.	1. 6.
14,75	15,75	12,25	10,90	9,10	9,25	8,85

Die entsprechende Bewegung ist bei den Kursen für ausländische Valuta bei Finlands Bank, neben welchen noch die sogenannten „Effektivkurse", d. h. die Kurse, zu denen man wirklich beliebige Mengen ausländischer Valuta kaufen kann, mit höheren Sätzen bestehen, wahrzunehmen:

	3. 1.	1. 2.	1. 3.	1. 4.	2. 5.	14. 5.	1. 6.
Berlin	46,25	48,—	59,25	64,—	72,—	81,—	79,—
Stockholm .	667,—	635,—	815,—	925,—	1105,—	1085,—	1138,—
London ...	118,—	111,25	141,50	156,—	187,—	184,50	192,50

Währungspolitisch bemerkenswert sind die Verlängerung der Befreiung von der Noteneinlösungspflicht der Finlands Bank und ein Gesetz, welches vorschreibt, daß Schuldverschreibungen, die auf verschiedene Währungen nach Wahl des Inhabers ausgestellt sind, bei der Wahl nichtfinnländischer Währung in der Währung des Heimatlandes des Gläubigers einzulösen sind, eine für deutsche Gläubiger besonders ungünstige Bestimmung.

Die Lage auf dem finnländischen Geldmarkt ist durch die Absatzkrise gerade nicht erleichtert worden. Der Staatsbankdiskont beträgt nach wie vor 9 %! Der Notenumlauf ist größer geworden und betrug in Mill. F$\mathcal{M}$:

31. 12.	31. 1.	28. 2.	31. 3.	30. 4.	7. 5.
1311,0	1348,8	1464,4	1476,0	1451,4	1440,7

Die schwebende Schuld des Staates war am 30. 4. auf 516,7 Mill. F$\mathcal{M}$ angelaufen. Bei den Privatbanken entwickelten sich die Bilanzen wie folgt (in Mill. F$\mathcal{M}$):

	31. 1.	28. 2.	31. 3.	30. 4.
Ausgeliehene Gelder.....	5584,9	5636,4	5644.0	5789,3
Schulden der Banken	3372,9	3381,6	3462,5	3497,8
Abschlußsumme	6227,4	6235,2	6326,7	6454,1

Die Zahlen zeigen deutlich die Erhöhung der Kreditanforderungen bei den Banken. Der Börsenumsatz in Helsingfors ist von Monat zu Monat geringer geworden: er betrug im Januar 33,5 Mill. F$\mathcal{M}$, im Februar 26,8 Mill., im März 26,1 Mill., im April 16,2 Mill. Der Börsenindex (Durchschnittskurs für alle Papiere in % vom Nominalwert) fiel von 214 im Januar auf 167 im April (1920: 322 bzw. 305). Die Wechselproteste erreichten im ersten Vierteljahr die Summe von 11,5 Mill. gegen 3,7 Mill. im ersten Vierteljahr 1920.

Die Eröffnung des Handels mit Rußland ist aus dem Stadium vorbereitender Handlungen und vager Pläne noch nicht herausgetreten; eine finnländische Regierungskommission ist nach Rußland gereist, um Verhandlungen über die Grundlagen dieses Handels zu führen. Bis auf weiteres ist die Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Wertpapieren nach und von Rußland nur mit spezieller Genehmigung des Handels- und Industrieministeriums zugelassen. *Hans Gabain*

Samoa

Die wirtschaftlichen Folgen der Entdeutschung in amerikanischem Urteil

Nachdem die Entente die deutschen Kolonien „im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit" uns abgenommen hat, „im Interesse der Eingeborenen, an deren Ausrottung Deutschland mehr Interesse zu haben schien, als an ihrer Erhaltung", wie Woodrow Wilson so ruchlos sagte, sollte man meinen, daß überall eitel Freude und Jubel unter den Eingeborenen herrschte, und daß ein allgemeines Aufblühen stattfände, nachdem das „zur Kolonisation unfähige" Deutschland ausgeschaltet ist.

Wie steht es tatsächlich?

Aus Togo schreiben die Eingeborenen rührende Briefe an ihre früheren Herren über das Thema: „Warum wir die Deutschen niemals vergessen können" und bejubeln das erste Schiff, das die schwarz-weiß-rote Flagge zeigt, stürmisch. Im Lande herrscht nach englischen Berichten „unrest", was aus der Sprache der englischen Kolonialdiplomatie ins biedere Deutsche übersetzt heißt: „chronische Rebellion". Wenigstens würden die Herren Erzberger, Ledebour und Genossen es unter dieser Bezeichnung in alle Winde posaunt haben, wenn Togo noch deutsch wäre. Von Kamerun ist der erste Transport zwangsweise ausgehobener Eingeborenen mit 437 Mann und 19 Weibern in Marseille eingelaufen, weil eine „weitherzige Auslegung" des Versailler Vertrages, wie die grande nation erklärt, darin keinen Verstoß erblickt gegen die in Artikel 22 der Völkerbundsakte verbotene militärische Ausbildung der Eingeborenen zu andern als polizeilichen Zwecken und zur Verteidigung des betreffenden Kolonialgebietes. Denn Kamerun wird natürlich am Rhein verteidigt und so kann man dort gelegentlich deutsche Unterhaltungen mit farbigen französischen Soldaten führen!

Südwestafrika sieht mit Schrecken seiner wirtschaftlichen Katastrophe entgegen in dem Augenblicke, indem es — in ebenfalls „weitherziger Auslegung" des Mandats — als fünfte Provinz der Union angegliedert wird, weil diese alles im Überfluß produziert, was Südwestafrika auf den Markt bringen kann. Die Eingeborenen müssen wieder an Zucht und Ordnung gewöhnt werden, nachdem sie sich unfähig erwiesen haben, „die britische Freiheit" zu genießen. Denn, sagte Smuts, in der Eingeborenenbehandlung hat sich die deutsche Methode doch als die richtigere herausgestellt.

In Ostafrika hat sich die britische Herrschaft, wie „Common Sense" sagt, als „heller Unsinn" (a streaming farce) erwiesen und die Eingeborenen wandeln den neuen Namen Tanganika-Territory um in „Hangaika-Territory", d. h. Land des Bangens, Land des Grauens. Überall haben die Probeabstimmungen mit 75 bis 95 % den Wunsch der Eingeborenen nach der Rückkehr der Deutschen zum Ausdruck gebracht, worauf man schleunigst die fatalen Ergebnisse unterdrückte und weitere Abstimmungen eingestellt hat.

Wie steht es nun in der Südsee? Soeben erhalte ich den Brief eines auf Samoa angesessenen amerikanischen Staatsbürgers, wonach auch dort die Katastrophe eingetreten ist. Mein Freund schreibt:

> Bereits während des Krieges hatten die fast ausschließlich deutschen Kakaopflanzer auf Samoa mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, namentlich Arbeitermangel und der Kanker (Krebs) der Kakaobäume beeinträchtigten ihre Arbeit. Trotzdem schnitten die Mehrzahl der Pflanzer infolge der guten Kakaopreise der Jahre 1917, 1918 und auch noch 1919 verhältnismäßig gut ab. Ebenso brachten die großen Kakaopflanzungen der Deutschen Handels- & Plantagengesellschaft (Hamburg) bis 1920 gute Gewinne. Und die in neutralen oder englischen Händen befindlichen größeren Handelsfirmen hatten nach der Liquidation der deutschen Firmen 1916 Gelegenheit, riesige Profite aus dem Kopra- und Warenhandel zu ziehen und ihren Geschäftsbetrieb bedeutend zu erweitern.
>
> Diese Prosperität aller Kreise auf Samoa nahm Mitte 1920 ein jähes Ende, als plötzlich auf Grund des

Versailler Vertrages, die Neuseeländische Regierung beschloß, die deutschen Siedler Samoas auszuweisen. Nur wenige Tage wurde — 7 bekanntlich — ihnen Zeit gelassen, ihre Angelegenheiten zu ordnen und sich für die Heimreise nach Deutschland mit Weib und Kind vorzubereiten und im Juni 1920 nahm der Dampfer Main fast sämtliche deutsche Pflanzer und Siedler von Samoa hinweg, von denen die Mehrzahl in jahrzehntelanger harter Arbeit im samoanischen Busch sich blühende Pflanzungen geschaffen hatten, von denen sie jetzt plötzlich, ohne irgendwelche Entschädigung, gerissen wurden.

Diese völlig ungerechtfertigte Deportation der deutschen Siedler bedeutete einen Wendepunkt nicht nur in der Geschichte der deutschen Besiedlung, sondern in der Geschichte Samoas überhaupt, besonders da tragischerweise kurze Zeit darauf ein rapider Sturz der Preise für Kopra und Kakao eintrat und die schlechte Wirtschaftslage Samoas noch verschlimmerte.

Nach der Vertreibung der Deutschen wurden die von diesen innegehabten Stellen auf den Pflanzungen mit Einheimischen und Neuseeländern besetzt, die zwar meist keinerlei praktische Erfahrung besaßen, aber hohe Gehälter erhielten. Sämtliche vorher deutschen Pflanzungen mit der „D. H. & P. G." in Liquidation wurden dem sogenannten "Crown Estates Department" unterstellt, also sozusagen zu neuseeländischen Staatsdomänen gemacht. Da nicht genügend Arbeiter vorhanden waren, wurden 500 neue Chinesen importiert. Die meisten Aufseher der Kopra- und Kaffeepflanzungen hatten keine Ahnung, wie und was sie mit den Chinesen und den schwarzen Solamon-Insulanern anfangen sollten, namentlich die Kakaopflanzungen waren bald vollständig überwuchert und die Erträge gingen ständig zurück. Die früheren Reserven und Gewinne der großen Kopraplanzungen der D. H. & P. G. wurden für die Zwecke der Administration von Samoa verausgabt und solange es reichte wurde aus dem Vollen gewirtschaftet. Heute arbeiten sämtliche "Crown Estates" Pflanzungen mit großen Verlusten, an jeder produzierten Tonne Kopra werden 5 — 10 £, an Kakao etwa 40 — 60 £ für die Tonne verloren. Im August d. J. werden alle chinesischen Kontraktarbeiter außer den neuen 500 nach China reportriiert, ebenso werden bis August die Hälfte und bis Ende des Jahres der Rest der melemesischen Arbeiter auf Verlangen der australischen Regierung reportriiert. Dann wird wohl auch die Regierung die sämtlichen Kakaopflanzungen aufgeben.

Gegenwart und Zukunft Samoas sind mehr wie trübe. Nie hat unter der eingeborenen Bevölkerung Samoas eine solche Unzufriedenheit geherrscht wie zurzeit. Und ebenso steht es mit Weißen und Halbweißen. Jeder ist hinter irgendeinem der Regierungsposten her, die gut bezahlt sind und wenig Arbeit erfordern. Mit jedem Dampfer kommen Trupps von Einwanderern aus Neuseeland nach Samoa in der Hoffnung, irgendeinen „easy job" zu ergattern und einige Jahre aus der fetten Regierungskrippe zu fressen. Meist bleiben sie nur einige Monate hier, um dann wieder enttäuscht zu verschwinden.

Die Handelsfirmen sitzen mit großen, teuer eingekauften Warenlagern fest, die sie nicht verkaufen können, da niemand Geld zum Kaufen hat. In der Hoffnung, einen Teil der Waren abzustoßen, erhöhen sie den Preis für Kopra an die Eingeborenen, so daß sie die Kopra tatsächlich mit Verlust einkaufen, nur um Waren, zum Teil noch einmal mit Verlust, abzustoßen.

Alle sonstigen Tätigkeitsgebiete im Lande ruhen, Gummibäume werden nicht mehr gezapft, Ananas nicht mehr gebaut und konserviert, die Bautätigkeit ruht völlig, die Straßen und Wege auf beiden Inseln sind in bösem Zustande. Trotz der „Prohibition", des allgemeinen Alkoholverbots, mehren sich die Straffälle vor dem Apiagericht. Frisches Gemüse, Eier, Geflügel usw., die man früher in Apia von deutschen Pflanzern preiswert kaufen konnte, sind heute selbst zu exorbitanten Preisen nicht mehr zu haben.

Es ist wohl möglich, daß die neuseeländische Regierung versuchen wird, die früheren deutschen Pflanzungen zu verkaufen, fraglich ist jedoch, ob sich für dieselben in ihrem heutigen entwerteten Zustande Käufer finden werden. So steht das ganze Wirtschaftsleben Samoas vor dem Zusammenbruch und kein Mensch weiß, was aus diesen blühenden Inseln, die deutsche Verwaltung und deutsche Arbeit zur „Perle der Südsee" gemacht hatten, unter neuseeländischem Mandat werden soll.

Ein besonders trauriges Moment ist, daß die deutschen Pflanzer und Siedler, die bei ihrer Deportation bedeutende Werte in Samoa zurückließen und denen von den Regierungsorganen das Nachsenden ihrer Guthaben-Aufstellungen zwecks Rückerstattung durch die deutsche Regierung nach Deutschland versprochen wurde, jetzt wohl nur die Nachricht von der Bankrotterklärung ihrer Pflanzungen erhalten dürften und daß ihre Hoffnung, wenigstens einen Teil ihrer Vermögen zu retten, zunichte gemacht wird.

Nach dem Friedensvertrage hat Deutschland die Pflicht, den Kolonialdeutschen ihre durch Liquidation erlittenen Verluste zu ersetzen. Aber überall wird systematisch darauf losgewirtschaftet, daß Liquidationserlose nicht herauskommen. Deutschland wird sich trotz seiner traurigen Finanzlage, die ja auch auf einer „weitherzigen Auslegung" des Friedensvertrages beruht, der Pflicht nicht entziehen, die Männer und Frauen, die im Vertrauen auf den Schutz der schwarz-weiß-roten Flagge, im überseeischen Deutschland eine neue Heimat gegründet hatten, zu entschädigen. Ehre verloren — alles verloren. Der Friedensvertrag sollte uns unserer Ehre berauben mit seinem Schuldbekenntnis, seiner Auslieferungs- und Aburteilungspflicht usw. Die Ehre haben jene aufgeklärten Nationen verloren, die diese, in aller Weltgeschichte unerhörten Forderungen aufstellten und in Ausführung dieses Vertrages so „weitherzig" waren, überall, wo es ihnen paßte, den Vertrag zu brechen, besonders aber die blühenden deutschen Schutzgebiete in Einöden zu verwandeln. Im Namen der Humanität setzten sie Barbarei an Stelle der deutschen Kultur.

H. Z.

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

			Parität 7. 6. ℳ	Hamburg 7. 6. ℳ	Berlin 7. 6. ℳ	Amsterdam 7. 6. fl	Zürich 7. 6. fr
Berlin	100	ℳ	100,—	—,—	—,—	4,50½	6,77½
Wien	100	K neu	85,—	14,87½	14,78	0,66	1,25
Budapest	100	K	85,—	27,75	27,27	—,—	2,35
Prag	100	K	85,—	94,—	93,40	—,—	8,25
Helsingfors	100	FM	—,—	123,25	122,10	—,—	—,—
Amsterdam	100	fl	168,75	2227,50	2217,75	—,—	196,25
Kopenhagen	100	Kr	112,50	1148,75	1146,35	51,75	101,21
Stockholm	100	Kr	112,50	1486,25	1481,—	66,90	131,—
Kristiania	100	Kr	112,50	972,50	981,50	44,43	87,—
Madrid	100	Pesetas	81,—	853,75	849,15	38,80	75,25
Barcelona	100	Pesetas	81,—	853,75	849,15	38,80	75,25
Rom	100	Lire	81,—	315,50	319,65	14,40	27,55
Brüssel	100	fr	81,—	531,—	529,45	23,82½	46,35
Paris	100	fr	81,—	530,50	529,45	23,85	46,15
London	1	£	20,43	251,62½	250,70	11,30	22,19
New York	1	$	4,20	66,37½	63,23	2,99½	5,89
Buenos Aires	100	Pesos	405,—	—,—	—,—	—,—	185,—
Zürich	100	fr	—,—	1133,75	1129,85	50,95	—,—

			Wien 7. 6. K	Prag 7. 6. K	Paris 7. 6. fr	London 7. 6. *)	New York 7. 6. $
Amsterdam	100	fl	20120,—	—,—	4270,—	11,—	—,—
Berlin	100	ℳ	950,80	105,87	18,87	251,75	1,50
Kopenhagen	100	Kr	10925,—	—,—	—,—	—,—	—,—
London	1	£	—,—	—,—	47,48	—,—	3,74¼ 60 Tg.

			Wien 7. 6. K	Prag 7. 6. K	Paris 7. 6. fr	London 7. 6. *)	New York 7. 6. $
New York	1	$	—,—	—,—	12,53½	3,78⅜	—,—
Paris	100	fr	—,—	—,—	—,—	47,32½	7,99
Wien	100	K	—,—	10,75	—,—	—,—	—,—
Zürich	100	fr	10840,—	—,—	214,—	22,20	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 7. 6.	Zürich 7. 6.	Kopenh. 7. 6.	Stockh. 7. 6.	Wien 7. 6.
Reichsmark	−92,41	−92,87	−90,01	−92,29	+712,—
Dt. österr. Krone	−98,69	−98,81	—	—	—
Französ. Frank	−50,31	−53,85	−33,33	−50,—	—
Pfund Sterling	−6,69	−12,01	+20,15	−6,77	—
Dollar	+20,39	+13,66	+55,75	+27,94	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	28. 5.	4. 6.
Alexandrien	97 1/16 d pari	97 15/32 d pari
Bombay/Kalkutta	1 s 3 3/16 d − 1 s 4 d	1 s 3 1/2 d − 1 s 3 5/8 d
Hongkong	2 s 6 d − 2 s 6 3/4 d	2 s 6 d − 2 s 6 3/4 d
Schanghei	3 s 2 d − 3 s 3 1/4 d	3 s 2 d − 3 s 4 1/2 d
Singapore	2 s 3 21/32 d − 2 s 3 27/32 d	2 s 3 21/32 d − 27/32 d
Yokohama	2 s 5 5/16 d − 2 s 5 1/2 d	2 s 5 1/2 d − 2 s 5 3/4 d
Montevideo T. T.	44 1/4 d − 44 3/4 d	42 1/4 d − 42 3/4 d
Rio de Janeiro	8 9/16 d	8 3/8 d
Buenos Aires T. T.	45 7/8 d − 46 3/8 d	44 1/4 d 44 1/2 d
Valparaiso 90 T.	7 1/5 d	6 3/4 d

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburgs Schiffsverkehr im Mai. Der Seeschiffsverkehr des Hamburger Hafens im Monat Mai stellte sich wie folgt:

	Mit Ladung Zahl	R. T. net.	Leer od. in Ballast Zahl	R. T. net.	Zusammen Zahl	R. T. net.	(April 1921) Zahl	R. T. net.
				angekommen:				
Dampfer	375	515 424	87	102 770	462	618 194	(473	619 614)
Segler	63	12 987	57	12 740	120	25 727	(136	33 683)
Zus.	438	528 411	144	115 510	582	643 921	(609	653 297)
				abgegangen:				
Dampfer	361	414 445	100	199 506	461	613 951	(518	661 808)
Segler	178	24 354	12	3 297	190	27 651	(246	30 562)
Zus.	539	438 799	112	202 807	651	641 602	(764	692 368)

Am Tonnageumfang gemessen, hat also der Hamburger Seeverkehr auch im Monat Mai den hemmenden Einfluß der Sanktionen noch wenig erkennen lassen. Der Rückgang, den die einkommende Räumte erfahren hat, ist gering. Auch ausgehend bleibt der Verkehr nur um 50 000 Tonnen hinter dem des Vormonats zurück. Beträchtlicher ist der Ausfall, wenn man das Verhältnis der in Ladung und der in Ballast (oder leer) ausgegangenen Tonnage ansieht. Von der ausgegangenen Gesamttonnage entfielen auf die in Ladung fahrenden Schiffe ca. 78 %, im Mai nur noch ca. 68 %. Zahl und Tonnage der in den fünf ersten Monate d. J. in Hamburg angekommenen Seeschiffe stellen sich wie folgt:

Januar	525	Schiffe	655 447 R. T. net.
Februar	543	„	672 778 „
März	566	„	657 352 „
April	609	„	653 297 „
Mai	582	„	643 921 „
Januar—Mai	2825	Schiffe	3 282 795 R. T. net.

In dem gleichen Zeitraum des letzten Vorkriegsjahres 1913 kamen 5767 Schiffe mit 5 712 074 R. T. net. an. Der bisherige diesjährige Verkehr beträgt mithin etwa 57 % des Vorkriegsverkehrs. *A. K.*

Niederlande

Ratenkampf in der Südafrika-Fahrt? Trotz lebhafter Polemik der holländischen Presse gegen die staatliche Unterstützung der Holland-Südafrika Linie ist von der Kammer die vorgeschlagene Subvention, die für den Zeitraum von fünf Jahren eine jährliche Beihilfe von 1 Mill. fl vorsieht (s. „W.-D." Nr. 14, S. 187), gewährt worden.

Bei den konkurrierenden englischen Südafrika-Linien herrscht die Ansicht, daß diese Staatshilfe für die Festigung des holländischen Verkehrs mit Südafrika keine nennenswerte Bedeutung haben wird, wohl aber den deutschen Handelshäusern, die sich in Kapstadt, Port Elisabeth, East London usw. niedergelassen haben, von großem Nutzen ist, da diese nunmehr ihre Güter billiger von kontinentalen Häfen nach Südafrika verfrachten können, als es vor der Subventionierung der holländischen Reederei möglich war.

Die angebliche Bedeutungslosigkeit der holländischen Maßnahmen hat jedoch die englischen Reedereien nicht gehindert, die Aktion als Herausforderung anzusehen. Sie haben beschlossen, ihrerseits ebenfalls ihre Frachtraten herabzusetzen. Sollte zum Beispiel die Holland-Südafrika Linie ihre Rate von Europa nach dem Kap auf 20 s je Tonne herabsetzen, werden die englischen Gesellschafter vielleicht 10 s oder 15 s je Tonne fordern. *L.*

Norwegen

Norwegischer Seemannsstreik. Nach neueren Meldungen über die Lage des norwegischen Seemannsstreiks sind die kürzlich aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Reedern und den Vertretern des Matrosen- und Heizerverbandes als ergebnislos abgebrochen worden, da sich die Reeder nicht mit der von den Seeleuten geforderten Ausdehnung der neuen Lohnvereinbarungen auf Arbeiter fremder Nationalität einverstanden erklären wollten. Der Streik, dessen störende Einwirkung sich bereits auf vielen Gebieten des norwegischen Wirtschaftslebens bemerkbar macht, geht also weiter. Allzu günstig lassen sich die Aussichten der Streikenden in diesem Lohnkampf — dem größten, den Norwegen jemals erlebt hat — nicht bewerten. Die Seeleute stehen der geschlossenen Phalanx der Reeder gegenüber, für die es bei der gegenwärtigen Lage des Frachtenmarktes kein besonderes Opfer bedeutet, wenn sie ihre Schiffe auflegen.

Zur Kenntnis und richtigen Beurteilung der Situation mag hier noch einiges angeführt werden. Die Gesamtheit der norwegischen Reeder ist zurzeit im Norges Rederforbund vereinigt, der 1909 gegründet wurde, sich in den ersten sechs Jahren seines Bestehens aber kaum mit Arbeiterfragen zu beschäftigen hatte. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse machten es nötig, mit den verschiedenen Gewerkschaften der seemännischen Arbeiter Tarifverträge abzuschließen. Diese Kollektivvereinbarungen bezogen sich nur auf die Mannschaften von Schiffen, die im überseeischen Verkehr tätig waren; der Küstenverkehr hatte seine besonderen Regelungen. Bei dem glänzenden Kriegsgeschäft konnten die Ree-

der den sich steigernden Forderungen der Seeleute nachgeben, so daß größere Streiks bisher vermieden wurden. Mit dem fortschreitenden Rückgang der Frachten aber mußte sich das ändern. Die Notwendigkeit eines Lohnabbaues machte sich immer stärker geltend, zumal da die Löhne in der Schiffahrt eine weit stärkere Steigerung erfahren hatten als die der industriellen Arbeiter. Wie sich dieses Verhältnis zurzeit stellt, zeigen folgende Zahlen:

	Löhne der Seeleute	Löhne der industriellen Arbeiter	Preis der Lebenshaltung (Indexziffern)
1914.	17 Kr je Monat	108,50 Kr je Monat	100
1921.	316 „ „ „	430,— „ „ „	300
Erhöhung	350 %	296 %	200 %

Vom amtlichen Schiedsgericht über Lohnstreitigkeiten ist eine sofortige Lohnreduktion von ungefähr 25 % befürwortet worden, der eine weitere 25-%-Kürzung am 1. 10. folgen sollte, falls die Verhältnisse in der Schiffahrt in der Zwischenzeit sich nicht bessern sollten. Dieser Vorschlag wurde von den Seeleuten abgelehnt und mit dem Streik beantwortet, der dann auch auf die Küstenfahrt übergriff. Die wirtschaftliche Schädigung, die das Land durch das Stillegen der Schiffahrt, insbesondere des Küstenverkehrs erfährt, ist umso größer, als sich dieser Verkehr in der Hauptsache auf die wenigen Sommermonate beschränken muß. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Die Schiffsmannschaft der amerikanischen Handelsflotte. Kürzlich wurden an dieser Stelle statistische Angaben über Anmusterungen für die amerikanischen Schiffe in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres (nach Nationalitäten getrennt) mitgeteilt. Der Bericht des amerikanischen Shipping Commissionar für das zweite Halbjahr 1920 bringt jetzt die gleiche Übersicht, nur weiter untergeteilt nach der Art des Dienstes (Überseedienst, überseeischer Nahverkehr und Küstendienst) und nach Offizieren und Mannschaften:

Nationalität:	Überseeverkehr		Überseeischer Nahverkehr		Küstenverkehr		Insgesamt	
	Offiziere	Mannschaften	Offiziere	Mannschaften	Offiziere	Mannschaften	Offiziere	Mannschaften
Amerikaner, geborene	8 215	26 646	5 874	15 087	2 714	9 233	16 803	50 966
„ naturalisierte	2 959	5 976	2 388	2 520	1 020	2 402	6 367	10 898
Engländer	420	11 134	225	7 268	32	2 859	677	21 261
Chinesen	—	1 227	—	412	—	13	—	1 652
Japaner	—	576	—	68	—	29	—	673
Philippinen	4	824	—	156	—	275	4	1 255
Deutsche	47	29	17	80	8	769	72	878
Norweger	182	3 269	182	1 559	20	1 105	384	5 933
Schweden	152	3 231	95	1 415	13	826	260	5 472
Dänen	101	1 812	64	999	5	343	170	3 154
Russen	78	3 253	74	1 224	5	594	157	5 071
Österreicher	4	160	—	71	—	124	4	355
Franzosen	5	336	5	184	—	41	10	561
Spanier	1	8 052	43	7 438	—	1 038	44	16 528
Italiener	1	1 018	18	1 090	—	155	19	2 263
Portugiesen	1	1 316	—	1 224	—	678	1	3 218
Zentral- und Südamerikaner	27	2 678	6	3 195	2	472	35	6 345
Alle übrigen	110	11 273	133	6 194	14	1 074	257	18 541
Zusammen	12 307	82 810	9 124	50 184	3 833	22 030	25 264	155 024

Das Offizierkorps der amerikanischen Handelsflotte besteht demnach bis zu einem geringen Bruchteil aus geborenen oder naturalisierten Amerikanern. Außer ihnen sind nur britische und skandinavische Offiziere noch in größerer Zahl angemustert worden. Bei den Mannschaften ist der prozentuale Anteil der Amerikaner im Überseeverkehr noch ein verhältnismäßig geringer, er beträgt 39,39 %. *A. K.*

Das amerikanische Gesetz zur Beschränkung der Einwanderung, das jetzt vom Präsidenten unterzeichnet und am 3. 6. in Kraft getreten ist, stellt die amerikanische Einwanderungsbehörde vor eine Reihe von Problemen, von denen zurzeit noch nicht gesagt werden kann, ob ihre Lösung restlos gelingen wird. Die vorgeschriebene Beschränkung der Einwanderer einer Nationalität auf eine gewisse Höchstzahl setzt ein System promptester Information zwischen der einheimischen Behörde und den Regierungsvertretern im Ausland voraus. Insbesondere wird die Behörde jederzeit über die genaue Zahl der von den verschiedenen auswärtigen Vertretern erteilten Visa sowie über die Nationalität derer, die diese Visa erbaten, unterrichtet sein müssen. Das wird besonders deshalb nicht leicht sein, weil die Auswanderer einer gewissen Nationalität ja nicht an bestimmte Auswanderungshäfen gebunden sind, sondern von jedem Hafen aus ihre Reise antreten können. Eine weitere Schwierigkeit bietet die Verhinderung einer unerlaubten Einwanderung über die kanadische oder mexikanische Grenze. Man wird sich wahrscheinlich entschließen, Fremde, die sich weniger als ein Jahr in Kanada aufgehalten haben und über die kanadische Grenze nach den Vereinigten Staaten kommen, als Einwanderer anzusehen und ihrer Nationalität anzurechnen. Das würde wieder voraussetzen, daß die Einwandererbehörde die auswärtigen Vertreter ständig über die Zahl dieser landseitig eingewanderten Fremden und ihre Nationalität auf dem Laufenden erhält. Die Verhinderung einer unerlaubten Einwanderung über die mexikanische Grenze wird durch das Fehlen jedes Einwanderungsabkommens mit der mexikanischen Regierung besonders erschwert.

Nach Äußerungen des Commissioner of Immigration Mr. Husband rechnet man darauf, daß sich künftig unter den an der Einwandererbeförderung beteiligten Schiffahrtsgesellschaften ein verschärfter Wettbewerb geltend machen wird, der wiederum dazu führen kann, daß die den einzelnen Nationen zugebilligte Höchstzahl von Einwanderern weit vor Abschluß des Jahres erreicht wird. Das Gesetz bestimmt, daß innerhalb eines Monats im äußersten Falle 20 % der jährlichen Höchstzahl an Einwanderern einer bestimmten Nationalität zugelassen werden dürfen. Man glaubt, daß die südeuropäischen Nationen mit ihrer starken Auswanderung ihre Höchstzahl bereits in fünf Monaten erreicht haben werden. Die Einwanderung aus Nordeuropa wird sich vermutlich über einen längeren Zeitraum verteilen. *A. K.*

Japan

Fusionspläne in der japanischen Schiffahrt endgültig gescheitert. Nach dem „Japan Advertiser" sind die Nippon Yusen Kaisha und die Osaka Shosen Kaisha nunmehr in eine so entschiedene Opposition gegen die sich neuerdings wieder geltend machenden Bestrebungen zur Fusion der japanischen Großreederei getreten, daß diese Pläne als völlig aussichtslos betrachtet werden können. Wie erinnerlich ging die Idee einer Fusion der 4 japanischen Großreedereien (Nippon Yusen Kaisha, Osaka Shosen Kaisha, Toyo Kisen Kaisha und Kokusai Kisen Kaisha) ursprünglich vom Verkehrsministerium aus. Die beiden letztgenannten Reedereien standen dem Plan sympathisch gegenüber, auch die Nippon Yusen Kaisha und die Osaka Shosen Kaisha scheinen anfänglich grundsätzlich mit ihm einverstanden gewesen, dann aber nach eingehenden Erwägungen doch zu einer Ablehnung gelangt zu sein. Das Projekt wurde jedenfalls gegen Ende des vorigen Jahres durch eine amtliche Eerklärung des Verkehrsministers vertagt, in der es hieß, daß der Wunsch bestehe, den Plan zu einer günstigen Zeit wieder aufzunehmen.

Neuerdings ist nun von dem Großaktionär Matahachiro Tachikawa, der über einen beträchtlichen Aktienbesitz der Nippon Yusen Kaisha, der Osaka Shosen Kaisha und der Toyo Kisen Kaisha verfügt, wieder der Versuch gemacht worden, die Aktionäre dieser drei Gesellschaften für den Fusionsgedanken zu gewinnen. Sein Vorschlag geht dahin, den Schiffsbesitz der Gesellschaften zu vereinigen und den Gesamtbetrieb unter eine einheitliche Leitung zu stellen, so daß eine neue Gesellschaft mit einem Kapital von 500 Mill. Yen und einer Flotte von 2 500 000 Br. R. T. entstehen würde. Diese Bestrebungen haben die Verwaltungen der Nippon Yusen Kaisha und der Osaka Shosen Kaisha zu Erklärungen veranlaßt, in denen sie ihren Aktionären ihren ablehnenden Standpunkt darlegen. Aus dem Communiqué der Nippon Yusen Kaisha ist zu entnehmen,

daß dem verstorbenen Präsidenten der Gesellschaft Baron Kondo anfänglich der Plan des Verkehrsministeriums ausführbar erschien, daß aber bei genauerer Untersuchung, die sowohl den nationalen wie den geschäftlichen Standpunkt berücksichtigte, doch die Unmöglichkeit des Projektes immer klarer hervorgetreten sei. Seine Durchführung würde die Stellung der heimischen Schiffahrt schwächen, also in einem der Absicht des Ministers gerade entgegengesetzten Sinne wirken. Dem von mancher Seite angeregten Gedanken einer Verfügung über die Reservefonds der verschiedenen Gesellschaften müsse entgegengetreten werden, denn diese Fonds stellen die Ernte langjähriger Arbeit dar. Wenn man über sie verfüge, so nehme man den Schiffahrtsgesellschaften ihre finanzielle Stütze. Bei dieser ablehnenden Haltung der beiden größten Schiffahrtsgesellschaften ist eine Verwirklichung des Fusionsprojektes für absehbare Zeit ausgeschlossen. *A K*

Japanische Schiffahrtssubsidien. Das Budget des japanischen Verkehrsministeriums sieht für das neue Fiskaljahr an Zuwendungen für die seiner Kontrolle unterstehenden Postdampferlinien einen Betrag von 7 269 300 Yen vor, das sind 1 290 651 Yen weniger als für das letzte vergangene Fiskaljahr. Die Verringerung ist in der Hauptsache zurückzuführen auf den Wegfall der der Nippon Yusen Kaisha für ihre Antwerpen-Puget-Sound- und Melbourne-Linie bezahlten Subsidien von 2 150 000 Yen, an deren Stelle eine Entschädigung für den Postdienst von 1 450 000 Yen getreten ist, so daß eine Ersparnis von 700 000 Yen erzielt wurde. Weitere Ersparnisse wurden durch eine rationellere Verteilung der für den Postdienst in Betracht kommenden Schiffe erzielt. Für die Bemessung der Postsubsidien ist die bisherige Durchschnittsmenge der beförderten Postmengen ausschlaggebend gewesen. Für die europäische Linie sind 850 000 Yen, für die amerikanische Linie 420 000 Yen und für die australische Linie 180 000 Yen vorgesehen. Weiter in Aussicht genommene Summen sind: für die Antwerpen-Linie 208 262 Yen, für die San-Franzisko-Linie 1 164 137 Yen, für die Puget-Sound-Linie 269 442 Yen, für die Südamerika-Linie (Westküste) 648 796 Yen, für die Südamerika-Linie (Ostküste) 944 255 Yen, für die Melbourne-Linie 32 448 Yen, für die Südseelinien 370 000 Yen, für die Südchina-Linie 150 000 Yen, für die Chinalinien 437 000 Yen, für die Dairen-Linien 180 000 Yen, für die Shanghai-Linien 215 000 Yen, für die Nordchina-Linie 117 000 Yen, für die Hauptinsel- und Hokkaido-Linie 50 000 Yen, für die Japanseelinien 271 000 Yen, für die Nikolijewsk-Linie 40 000 Yen, für die Koreanische-Westküsten-Linie und 11 andere Küstenlinien 649 490 Yen. *A. K.*

Sonstiges

Transatlantischer Personenverkehr. Wie beträchtlich sich der Transatlantische Personenverkehr in den letzten Monaten gehoben hat, zeigt eine auf den Anschreibungen der an der Passagierbeförderung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten beteiligten Schiffahrtsgesellschaften beruhende Statistik, die die New Yorker „Nautical Gazette" in ihrer neuesten Nummer bringt. Danach stellen sich die Zahlen der während des Zeitraumes vom 1. 1. bis 7. 5. westwärts und ostwärts beförderten Reisenden wie folgt:

Von Europa nach den Vereinigten Staaten:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
1921	15 808	48 600	190 261
1920	12 619	29 300	97 712
	+ 3 189	+ 19 300	+ 92 549

Von den Vereinigten Staaten nach Europa:

1921	19 533	25 181	100 601
1920	17 389	26 651	92 610
	+ 2 144	— 1 470	+ 7 991

Danach hat sich der Westwärtsverkehr gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Westwärts gingen 254 669 Personen gegen 139 631 Personen, in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, ostwärts 145 315 gegen 136 650. *A. K.*

Einfuhr Übersee nach Hamburg. Gemäß den Ladungsverzeichnissen sind im Monat Mai 1921 unter andern folgende Mengen der wichtigsten Waren hier angekommen:

Albumin	Kl.	697	Fleisch, Corn. Beef	K.	15778	Kakao	Sck.	66136	Nüsse (o. n. B.)	Kll.	772
Äpfel, frische	Kll.	5502	„ Schweine-	Kll.	1947	Kakaopulver	K.	1050	„ Hasel-	Kll.	905
Äpfel, getr.	Kll.	13473	Früchte, getr.	Kll.	266	Kämmlinge	Ball.	657	„ „ Kerne	Sck.	1353
Apfelsinen	K.	742	„ konserv.	Kll.	13082	„ Woll-	Ball.	586	„ Kokos-	Sck.	4294
Aprikosen	K.	4238	Garn, Baumw.	Kll.	3421	Kanehl	Ball.	67	„ „ ger.	K.	3767
Asbest u. Fibre	Ball.	8153	„ Kokos-	Dolles	7573	Kartoffeln	Sck.	7443	„ Muskat	Kll.	519
Baumwolle	Ball.	23564	Gerbextrakt	Kll.	19697	Kartoffelmehl	Sck.	184	„ Palm	Kll.	412
Baumw.-Abf.	Ball.	5015	Gerste	dz.	81096	Käse	Kll.	2092	Öl (sonstiges)	Fss.	2149
Birnen, getr.	Kll.	738	Gummi (sonstig.)	Kll.	16312	Kaseïn	Kll.	5726	„	Gall.	751011
Blei	Barr.	24291	„ Arabic.	Kll.	725	Kleie (o. n. B.)	Sck.	38572	„ Bmw.-S.-	Fss.	4795
Bohnen	Sck.	9286	„ Kopal-	K.	968	Knochenmehl	Sck.	8706	„ Erdnuß-	K.	185
Borst. u. -Fibre		2171	„ Tragant	Kll.	446	Konserven	K.	170	„ Holz	Fss.	1030
Butter	Kll.	1319	Guttapercha	Kll.	164	Kopra	Sck.	46824	„ Kokosn.-	Fss.	2565
Därme	Kll.	5640	Haare (o. n. B.)	Kll.	2567	Korinthen	K.	3881	„ Lein-	Fss.	4238
Datteln	K.	1258	„ Roß-	Kll.	245	Korken	Sck.	3636	„ Masch.-	Gall.	680635
Divi-Divi	Kll.	731	„ vegetabil.	Kll.	4084	Korkholz	P.	5960	„ Oleo	Fss.	6899
Eigelb, getr.	Kll.	1231	Haferflocken	Kll.	9050	Kupfer	Brr.	58941	„ Palm-	Fss.	1108
Eisen	Ton.	1233	Hanf	Ball.	3512	„	Kll.	1607	„ Schmier-	Fss.	16234
Erbsen	Sck.	4750	„ Sisal-	Ball.	187	„	Ing.	1922	Orangen	Kll.	52850
Erdnüsse	Sck.	9048	Harz	Kll.	7119	„ Platten	Kll.	2262	Palmkerne	Sck.	1562
Erdnußkuch.	Sck.	4750	Häute	Bd.	16485	Lachs	Kl.	27051	Pfeffer, schw.	Sck.	1514
Erz (o. n. B.)	Ton	2763	„	St.	34268	Leder	P.	1335	„ weißer	Sck.	466
„ Eisen-	Ton	2000	„ gesalzene	Bd.	17372	„ Abfall	Bll.	59	Pflaum., getr.	Kll.	16521
„ Wolfram-	Sck.	2911	„ „	St.	74321	Leinsaatkuch.	Sck.	8595	Phosphat	Ton.	11908
„ Zinn-	Kll.	6000	„ Büffel-	St.	943	„	Ton.	10000	Piassava	Bd.	609
Extrakt (o. B.)	Fss.	1441	„ Roß, ges.	Bd.	4973	Linsen	Sck.	436	Piment	Kll.	967
Fasern (o. n. B.)	Ball.	1022	Heringe	Kll.	12813	Liköre	K.	843	Reis	Sck.	364646
Federn, Bett-	Ball.	985	„ frische	K.	13983	Mais	dz.	477342	„ Abfall	Sck.	14078
Feigen	Kll.	3079	Holz (sonstiges)	Blk.	6252	„	Bsl	756122	Reismehl	Sck.	1148
Felle	P.	10438	„ Fichten-	St.	1202	„	Sck.	52999	Rinde	P.	29048
Fett (o. n. B.)	Fss.	661	„ Mahag.-	Blk.	204	„	Qrt.	133981	Roggen	Bsl.	471755
„ Kokos-	Kll.	772	„ Teak-	Blk.	1275	Malz	Sck.	2861	„	Sck.	82032
„ Speise-	Kll.	5621	„ Zedern-	Kll.	3288	Mandeln	Sck.	1061	„	Qrt.	28152
„ Vegetab.	Fss.	544	Holzmasse	Ball.	605	Mehl (o. n. B.)	Sck.	274016	Rohr	P.	20785
Fibre (o. n. B.)	Kll.	5787	Honig	Kll.	428	„ Weizen-	Sck.	218537	Rosinen	Kll.	45635
Fische, ges.	Kll.	2497	Hörner	Kll.	934	Milch, kond.	K.	41194	Saat (o. n. B.)	Sck.	3034
„ konserv.	K.	5913	Ingwer	Kll.	295	„ sterilis.	K.	16943	„ Gras-	Sck.	761
Fleisch (o. n. B.)	Kll.	7434	Johannisbrot	Kll.	1760	Milch-Pulver	Kll.	4167	„ Lein-	Sck.	174457
„ gefror.	St.	38978	Jute	Ball.	31895	Myrobalanen	Bt.	18646	„ Raps-	Sck.	8810
„ konserv.	K.	1567	Kaffee	Sck.	89107	Nelkenstengel	K.	856	„ Sesam-	Sck.	23988

Salpeter	Sck.	176534			
Sardinen	K.	10159			
Schmalz	Eim.	1364			
„	Fss.	27218			
„	Frk.	3615			
„	K.	10085			
„	Trc.	9187			
Schwefel	Kll.	2648			
Speck	Kll.	1263			
Stahl	Kll.	935			
Stärke (o. n. B.)	Sck.	13567			
Steinnüsse	Sck.	7252			
Stuhlrohr	Bd.	930			
Tabak	Ball.	79147			
Talg	Kll.	17230			
Tapioka	Sck.	2084			
„ Mehl	Sck.	720			
Tee	1/1 K.	8472			
„	1/2 K.	132			
Teer	Fss.	5333			
Terpentin	Kll.	2977			
Tomaten	Kll.	1397			
Tran	Fss.	2316			
Valanea	Bll.	5320			
Wachs	Kll.	10286			
„ Vegetab.	Fss.	347			
Wein	Fss.	1887			
„	K.	367			
Weizen	Sck.	856702			
„	Bsl.	1412837			
Wolle	Ball.	16548			
Wollabfall	Ball.	164			
Zellulose	Ball.	665			
Zimt	Sck.	2407			
Zink	Kll.	2405			
Zinn	Ing.	6868			
„	Plt.	4065			
Zitronen	Kll.	5653			
Zucker	Kll.	14607			

Fab. Landau

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.

HAPAG

HAMBURG-AMERIKA LINIE IN VERBINDUNG MIT DEN UNITED AMERICAN LINES INC.

HAMBURG-NEW YORK

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 8tägigen Zwischenräumen. Die Dampfer löschen in New York am Pier 7, Cityfront. Nach **Baltimore u. Philadelphia** regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa halbmonatigen Zwischenräumen.

HAMBURG-SÜDAMERIKA

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa 14tägig. Zwischenräumen nach Rio de Janeiro, Santos, Montevideo und Buenos Aires sowie in Durchfracht nach Rosario, Paraná, Santa Fé, Bahia Blanca u. Asunción.

HAMBURG-OSTASIEN

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatigen Zwischenräumen mit Dampfern von Alfred Holt & Co., Liverpool, und Ellerman & Bucknall Steamship Co. Ltd., London, nach Penang, Port Swettenham, Singapore, Hongkong, Schanghai, Nagasaki, Moji, Kobe, Yokohama und in Durchfracht nach allen bekannten Nebenplätzen.

HAMBURG-CUBA-MEXICO

Regelmäßige Dampfer-Expeditionen in etwa monatig. Zwischenräumen nach Havana, Tampico, Vera Cruz evtl. Progreso und Puerto Mexico.

KÖLN-ENGLAND

Regelmäßiger 10tägiger Dienst von Köln nach London-Goole u. anderen Häfen d. Ostküste Englands. Die Rheinhäfen werd. n. Bedarf angelaufen.

REISEBÜROS/LUFTVERKEHR

Reisebüros an allen größeren Plätzen. Amtlicher Vorverkauf von Eisenbahnfahrkarten und Schlafwagenplätzen **ohne Aufschlag.** Reisegepäckversicherung (auch für Übersee).

PERSONENBEFÖRDERUNG

Nach Nord-, Zentral-, Südamerika, Ostafrika, Ostasien usw. über deutsche, holländische, skandinavische und italienische Häfen.

Nähere Auskunft:
Hamburg-Amerika Linie, Hamburg
und deren Vertretungen.

Für Passagiere

beste Verbindung nach Norwegen

Det Söndenfjelds-
Norske Dampskibsselskab, Kristiania
jeden Sonnabend nicht vor 4 Uhr nachmittags nach

Kristiania

abwechselnd mit den Dampfern „Kong Sigurd" und „Condor"
(„Kong Sigurd" anläuft auf der Reise **Larvik**
und „Condor" **Christiansand S.** und **Arendal**)

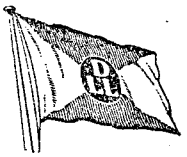
Det Bergenske Dampskibsselskab, Bergen
jeden zweiten Sonnabend nicht vor 4 Uhr nachm. D. „Mira"
nach **Christiansand S.,**
Stavanger, Haugesund und Bergen

Die Fahrt des D. „Kong Sigurd"
und bei schlechtem Wetter auch die der übrigen Dampfer
geht durch den Nord-Ostsee-Kanal,
großen Belt und Kattegat, sodaß
der Aufenthalt auf offener See nur von kurzer Dauer ist

Näheres durch den Vertreter:

Rob. M. Sloman jr.

HAMBURG, Baumwall 3
Drahtanschrift: Slomanjur / Fernsprecher: Nordsee 407



Deutsche Levante-Linie

Hamburg

Nächste Expedition nach:

Tunis, Malta, Jaffa, Haifa, Beirut und Alexandrien
deutscher D. **„Volos"** ca. 25. Juni 1921

Oran, Algier, Malta, Triest, Venedig, Ancona, Bari, Korfu und Patras
deutscher D. **„Abessinia"** ca. 25. Juni 1921

Nähere Auskunft erteilt:

Deutsche Levante-Linie

Mönckebergstraße 7, Levantehaus,
sowie für
Malta, Tripolis i. B., Alexandrien und **Palästina**
SPIELMANN & CO., Luisenhof,
für den **Adria-Dienst:**
August Bolten, Wm. Miller's Nachfg.,
Admiralitätstr. 36.

EMDER VERKEHRSGESELLSCHAFT A.-G., EMDEN

FERNRUF: NR. 24, 96 UND 216 · TELEGRAMM-ADRESSEN: VERTRETUNGEN: „EVAG"; SPEDITION: „OCEANFAHRT"

SEE- UND KANALSCHIFFAHRT

DURCHFRACHTVERKEHR VON RHEIN- UND KANALHÄFEN SEEWÄRTS

GENERALVERTRETUNGEN:

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Deutsche Levante-Linie, Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos", Deutsche Ostafrika-Linie Aktien-Gesellschaft, Woermann-Linie Aktien-Gesellschaft, Reederei A. Kirsten, Rhederei-Vereinigung G.m.b.H., Syndikats-Rhederei G.m.b.H., Det Nordenfjeldske Dampskipsselskab, Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

SCHIFFSMAKLEREI · SPEDITION · BEFRACHTUNG · KOMMISSION · ASSEKURANZ · STAUEREI KAIBETRIEB UND LAGERHÄUSER · SCHIFFSBELEIHUNGEN UND SCHIFFSVERKÄUFE

„Albingia"

Hamburg-Düsseldorfer Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Hamburg

Alsterdamm Nr. 39 ★ (Europahaus)

Aktienkapital . . . . . M 9000000.–
Gesamtreserven über M 16000000.–

Versicherungen aller Art

für Schiffahrt, Handel u. Industrie

Deutsche Ueberseeische Bank

Aktien-Kapital Mark 30,000,000

BERLIN W 8, Mauerstr. 39/40

Gegründet von der DEUTSCHEN BANK, BERLIN

Niederlassungen unter der Firma:

Banco Aleman Transatlántico

in

Argentinien: Bahia Blanca, Buenos Aires, Córdoba, Mendoza, Rosario de Santa Fé.
Bolivien: La Paz, Oruro.
Chile: Antofagasta, Concepcion, Iquique, Santiago, Temuco, Valdivia, Valparaiso.
Peru: Arequipa, Callao, Lima.
Uruguay: Montevideo.
Spanien: Barcelona, Madrid.

Banco Allemão Transatlantico

in

Brasilien: Rio de Janeiro, Santos, São Paulo.

Einziehungen überseeischer Wechsel und Dokumente, Kreditbriefe. — Briefliche und telegraphische Auszahlungen. — Ausführung von Effekten- und Devisen-Aufträgen. — Besorgung aller sonstigen überseeischen Bankgeschäfte. — Eigene Telegraphenschlüssel.

Anfragen werden jederzeit durch den Hauptsitz in Berlin erledigt bezw. übermittelt.

Vertretungen in:
Bremen: Deutsche Bank Filiale Bremen.
Hamburg: Deutsche Bank Filiale Hamburg.

Nord-Deutsche Versicherungs-Gesellschaft

Errichtet 1857 **HAMBURG** Errichtet 1857

Transport-, Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Wasserleitungsschäden-, Miet-, Betriebsverlust-, Autokasko-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht-, Aufruhr- und Plünderungsschäden-Versicherung

Vorstand:
Arthur Duncker, Vorsitzender, Joh. W. Duncker, H. Bothe, Otto D. Cropp, Walter Schües

Aufsichtsrat:

Ludwig Sanders, I. Fa. August Sanders & Co., Vorsitzender
Richard C. Krogmann, I. Fa. Wachsmuth & Krogmann, 2. Vors.
Carl Deters, Direktor der Hugo Stinnes G.m.b.H., Zweigniederlassung Hamburg
Freiherr von Kap-Herr, Exz
Herm. Münchmeyer, I. Fa. Münchmeyer & Co.
Albrecht O'Swald, I. Fa. Wm. O'Swald & Co.
Rud. Sieverts, I. Fa. Hamburg-Bergedorfer Stahlrohr-Fabrik von Rud. Sieverts
J. F. Schröder, I. F. Schröder & Weyhausen, Bremen
Geh. Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Cuno, Generaldirektor d. Hamburg-Amerika Linie
Dr. jur. C. J. Melchior, I. Fa. M. M. Warburg & Co.

Garantiemittel 1920:

Aktien-Kapital	M 50 000 000.–
Kapital-Reservefonds	„ 3 693 746.58
Spezial-Reservefonds I	„ 1 000 000.–
Spezial-Reservefonds II	„ 1 543 100.63
Sicherheitsfonds für die Unfall- und Haftpflicht-Versicherung	„ 300 000.–
Kursverlust-Reservefonds	„ 300 000.–
Prämien-Überträge	„ 9 770 392.–
Schaden-Reserve	„ 14 267 363.50
	M 80 874 602.71

Bankkonto: Norddeutsche Bank, Deutsche Bank, Reichsbank, Dresdner Bank, Commerz- und Privat-Bank
Postscheckkonto: Nr. 1110 **Telephon:** Merkur 4484—4490

Gustav Genschow & Co.

Actiengesellschaft

Hamburg 1 **Südseehaus**

Jagd- u. Sportwaffen aller Art

Munition für Jagd- und Scheibenbüchsen, Revolver, automatische Pistolen usw.

Eigene große Transitläger

Pickhuben 4 Hamburg Lange Mühren

Munitions- u. Schrotfabriken
in Durlach und Wolfartsweier

Preislisten über mod. Waffen u. Munition, sowie Jagdartikel und Ladegeräte stehen auf Wunsch zu Diensten

Direction der Disconto Gesellschaft

Berlin und Niederlassungen

Kapital und Reserven **Mk. 456,000,000.-**

Norddeutsche Bank in Hamburg

Hamburg, Altona und Harburg

Kapital und Reserven **Mk. 80,000,000.-**

A. Schaaffhausenscher Bankverein A.-G.

Cöln und Niederlassungen

Kapital und Reserven **Mk. 115,000,000.-**

Die Banken vertreten die von der Disconto Gesellschaft und der Norddeutschen Bank gemeinsam gegründeten Banken

Brasilianische Bank für Deutschland, Hamburg

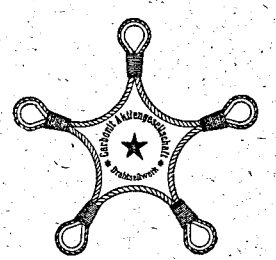
und Brasilien, Rio de Janeiro, Sao Paulo, Santos, Porto Alegre und Bahia

Bank für Chile und Deutschland, Hamburg

und Chile (Banco de Chile y Alemania), Valparaiso, Concepcion, Santiago, Temuco, Valdivia

CARBONIT AKTIENGESELLSCHAFT

Zentrale: Hamburg, Europahaus, Alsterdamm 39.
Drahtseilwerk: Neumühlen-Dietrichsdorf b. Kiel.



Herstellung von Drahtseilen

für jeden Verwendungszweck im besonderen

für Schiffahrt, Fischerei, Industrie und Landwirtschaft.